

# Danziger Zeitung.

No 16423.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagen-  
gasse Nr. 4. und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten  
für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen

1887.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 25. April.

### Sache der Gerichte, nicht der Diplomatie

Ist, soweit die Dinge bis jetzt geblieben sind, der vielberufene „Fall Schnäbele“. Unser Berliner A-Correspondent schreibt uns von gestern: „Dem Fall Schnäbele wird hier keine Bedeutung beigemessen. Man betrachtet das ganze als Sache der Gerichte. Aus der ganzen Haltung der Regierung wird sich auf das vollständigste ergeben, daß deutscherseits nichts ferner lag, als durch diesen Fall oder durch irgend welche andere Handlung Frankreich gegenüber eine aufreizende Haltung zu zeigen; andererseits wird man indessen die Gelegenheit wahrnehmen, anzudeuten, daß Deutschland es müde ist, gegenüber den französischen Umrühen an der Grenze und im Reichslande mit derselben Langmut, wie sie bisher dauernd gezeigt worden, zu verfahren. Man weiß in Frankreich sehr wohl, daß Deutschland den Frieden will und alles thut, um ihn zu erhalten; allein man will doch auch erkennen lassen, daß und wo deutsche Geduld und Nachsicht eine Grenze haben.“

### Eine officiöse Aeußerung

liegt jetzt in der „Nordd. Allg. Ztg.“ wie folgt vor: Wie wir aus zuverlässigster Quelle hören, ist durch Zeugenerhör festgestellt, daß die Verhaftung des Polizeicommissars Schnäbele auf deutschem Gebiet erfolgt ist. Es wird dies von ihm selbst auch nicht in Abrede gestellt.

Nach den an Ort und Stelle eingezogenen Nachrichten über die Verhaftung des französischen Polizeicommissars Schnäbele hat dieselbe auf Requisition der Staatsanwaltschaft und des Untersuchungsrichters stattgefunden, sobald sich Schnäbele auf deutschem Gebiete betreten ließ. Derselbe hat den ihm die Verhaftung ankündigenden deutschen Polizeibeamten zu Boden geworfen und einen Fluchtversuch gegen die Grenze gemacht, ist aber diesseits der Grenze wieder eingeholt und dingfest gemacht worden. Die Anklage gegen ihn bezieht sich auf Vetheiligung an landesverräterischen Umrühen in den Reichslanden unter Mißbrauch seiner amtlichen Stellung zur Beförderung derselben. Die Verhaftung ist gerichtlich nicht beschloffen worden, ohne daß überzeugende Beweiskräfte für die Schuld des Verhafteten vorlagen.

Das officiöse Blatt sieht sich dann noch veranlaßt, die freisinnige Presse zu beschuldigen, sie sympathisiere mit Schnäbele und jeder Gegner Deutschlands könne auf „Wohlbollen in den freisinnigen Blättern rechnen, so lange die Regierung des Reiches nicht in den Händen ihrer ehrsüchtigen und unfähigen Gefinnungsgegnossen ist.“ Inquisitionen, die ebenso alt als erdäulich sind, so daß uns Niemand zumuthen wird, dieselben einer Widerlegung zu würdigen.

Die sachlichen Aufklärungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ anlangend, so ist namentlich die Thatsache richtig, daß die Verhaftung des französischen Polizeicommissars auf deutschem Gebiet erfolgt ist, womit denn die Eventualität einer Genehmigung von deutscher Seite von vornherein ausgeschlossen ist.

### Französische Aeußerungen.

Zu der Affäre Schnäbele hatte der Pariser Correspondent der „Neuen Freien Presse“ eine Unterredung mit einer Persönlichkeit, welche in der Zeitung der französischen Politik ein entscheidendes Wort mitzusprechen hat. Dieselbe äußerte unter anderem folgendes:

### Stadt-Theater.

\* Gestern Abend wurde eine der besten unter den älteren Berliner Pöffen, „Einer von unsere Deut“, aufgeführt, die bei uns so lange gerührt hat, daß sie der jüngeren Generation als Neugierigkeit gelten kann. Und man kann mit dieser Aufführung nur einverstanden sein, da dies Stück mehr Witz und vor allem mehr gefunden Menschenverstand enthält, als ein halbes Duzend Berliner Pöffen neuester Fabrikation. „Einer von unsere Deut“ ist nach einer Wiener Pöffe Berg's von D. Kalisch bearbeitet und von Conrad mit Witz ausgefüllt und hat seiner Zeit überall in Norddeutschland volle Häuser gemacht. Herr Kethy, der gestern die Hauptpartie des Handelsjuden Jaaal Stern mit trefflicher Charakteristik, ohne alle Uebertreibung, wohl aber mit dem nöthigen Anteil von Gemüth darstellte, erntete wiederholt den lebhaftesten Beifall. Neben ihm machten sich besonders Hl. Wendel (Ernestine) und Hr. Bach (Schlosser Fräulein) um die Darstellung verdient. Wenig glücklich war aber die zweite komische Herrenrolle, die des immer zerstreuten Apothekerhelfen Jaaal, besetzt. Der gestrige Inhaber der Partie spricht so sehr Dialect — freilich nicht Berlinisch — daß er schwer zu verstehen ist, und zeigte sich auch dem Coupletvortrag nicht gewachsen. Von den für die Rolle im Stück vorgedachten Couplets hörten wir übrigens nichts, dafür war ein fremdes, noch dazu wenig geschmackvolles eingelegt.

Gegen den Schluss der Saison drängen sich die Benefice. Dem morgigen für Herrn Werber, „Am Altar“, folgt Mittwoch eines für Frau Erna, für welches eines der besten unserer deutschen Luthiele, Freytag, „Journalisten“ gewählt ist. Den Conrad Holz giebt Hr. Bach. In Vorbereitung ist außerdem „Dank Bräutigam“, die bekannte, aber hier lange nicht gezielte Bearbeitung des Reuter'schen Romans „M. mine Stenard“. Die Titelrolle wird Hr. Kethy spielen.

### 3 Aus Berlin.

Endlich keimant der böde Nachwinter zu weichen, der uns seit Wintern mit Schnee, Eis und Sturm hart heimgejuchet hat, und nun entfallen die Parkgebilde, die unsere Hauptstadt rings umgeben, ihre verlockenden Reize. Mit den Knospen, Blättern und Blüthen dringen auch die Menschen hervor;

Die französische Regierung sieht mit Ruhe und selbstlichem Sinne der baldigen Beendigung dieses Falles entgegen, und alle Welt wird es ihm auf das ihm gebührende Maß zurückzuführen. Wir legen das Hauptgewicht darauf, daß eine Grenzverletzung stattgefunden hat. Wenn dasjenige, was deutsche Blätter Schnäbele vormalen, nämlich daß er auf deutschem Boden Rundschafter unterhielt und compromittierende Correspondenzen unterhielt, wahr ist, so will die französische Regierung die Sache prüfen, und wenn ein Verbrechen Schnäbeles als Beamter vorliegt, auch was Rechts ist vortreten. Da nun eine Grenzverletzung Deutschlands eben nicht vorliegt, entfällt auch das hier hervorgehobene „Hauptgewicht“ des Falles. Auch constatirt der officiöse Pariser „Temps“, eine von Seiten der deutschen Regierung dem Minister des Aeußeren, Florens, gewordene spontane Mittheilung in Betreff des Falles Schnäbele nehme diesem durchaus den Charakter einer absichtlichen Provocation gegenüber Frankreich. Auch fahren die ernsten und maßgebenden französischen Blätter fort, die Sache in aller Ruhe zu erörtern und so schon erheblich herabgeminderte Aufregung weiter zu beschwichtigen.

### Die Anklagen gegen Schnäbele

lauten, wie man dem „Berl. Tagebl.“ aus Paris telegraphirt, nach einer Mittheilung des deutschen Geschäftsträgers außer auf Verführung deutscher Rekruten auch auf organisierte Spionage. Schnäbele hatte ein halbes Duzend Agenten unter sich, die für den Kriegsmilitär Bouslangier spionierten. Einer derselben, ein gewisser Ruhn, war von ihm entlassen, in deutsche Dienste getreten und hat Enthüllungen gemacht. Ebenso sollen sich einige der übrigen Agenten nach und nach haben ablassen lassen, so daß ein großes Beweismaterial gegen den Verhafteten vorliegt. Schnäbele war übrigens seit Wochen davon benachrichtigt, daß ein Haftbefehl gegen ihn ergangen sei, und er hätte sich demzufolge längere Zeit hindurch, die Grenze zu überschreiten.

### Die Nationalliberalen und des Kanzlers Vertrauensfrage.

Daß die Vertrauensfrage, wie sie der Reichskanzler bei der ersten Berathung der kirchenpolitischen Vorlage gestellt hat, die Haltung der nationalliberalen Partei zu dem Gesetz nicht berührt, dafür spricht, schreibt uns unser Berliner A-Correspondent, der Umstand, daß Fürst Bismarck auch am Freitag noch auf die Rede des Herrn v. Sybner in seiner Weise reagierte und im übrigen sich mit den ihm nahe stehenden Mitgliedern der nationalliberalen Partei fortgesetzt in freundschaftlicher Weise unterhielt. Immerhin ist es nicht richtig, wenn in den Blättern die Sache so dargestellt wird, als habe Fürst Bismarck nur die Annahme der Vorlage durch irgend eine Majorität verlangt. Wenn die Nationalliberalen in ihrer ablehnenden Haltung beharren, so kann das Gesetz nur mit Hilfe des Centrums angenommen werden. Es tritt dann die conservativ-clericale Cooperation wieder in Kraft, während der Reichskanzler seinen Appell an die nationale Majorität richtet.

Uebrigens sprach er von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der nationalen Parteien, welche seine Stellung compromittiren würden. Zum Ueberflus wendet sich auch die „Nordd. A. Ztg.“, ohne freilich die Vertrauensfrage zu berühren, gegen die parteidogmatischen Auseinandersetzungen des Hrn. Dr. Gneist und spricht die Hoffnung aus, eine Reihe von Parteigenossen dieses Herrn, d. h. also Nationalliberale, würden, bevor es zur entscheidenden Abstimmung kommt, sich die Sache noch einmal überlegen und dabei erkennen, daß in der praktischen Politik mit theoretischen Clauseln nicht vorwärts

um die Mittagszeit entfallt sich seit wenigen Tagen der glänzende Frühlingscorps, der nie schöner sich giebt als in dieser allerersten Zeit, in der uns weder Staub noch Hitze quälen. Wir haben lange darauf warten müssen; viele Tage sah man fast nur den Kaiser in seinem leichten Zweigepan, neuerdings meist geschlossen, und wenige andere, denen Bewegung in freier Luft verordnet ist; aus bloßer Lust hat während jener eiligen Tage wohl Niemand unseren Thiergarten aufgesucht.

Der greise Kaiser scheint sich wieder ganz frisch zu fühlen. Vor nicht langer Zeit ist Franz Lenbach, der den vergangenen Winter wieder in Rom verlebte, direct von dort, ohne seine Heimath München auch nur zu berühren, hierher gekommen, weil der Kaiser ein Bildnis von ihm wünscht. Nach wenigen Sitzungen ist der Künstler nach München zurückgekehrt und jetzt mit der Ausführung beschäftigt, die, wie man von dort her versichert, meisterhaft werden soll. Nach den vielen conventionellen Bildern, die wir vom Kaiser besitzen, darf man sich mit Recht auf ein Kunstwerk freuen, das uns den ganzen Menschen, Gemüth, Charakter, Eigenart mit voller Treue wiedergibt. So ist Bismarck einzig durch Meister Lenbach uns und der Nachwelt in seiner ganzen individuellen Art gegeben worden; zugleich sorgt der Künstler dafür, daß nur gute Verwirklichungen in den Kunsthandeln kommen. Von des Kanzlers Bildnis hat er einen jungen Künstler, Schüler der Königsberger Akademie, mit Nachdrücken betraut, die vorzüglich gelungen sind. Das Bild giebt nicht nur Züge und Auffassung, es giebt auch die coloristische Wirkung mit großer Schärfe und künstlerischer Feinheit wieder. Rohr, der Schöpfer desselben, soll nun auch Lenbachs Kaiser Wilhelm radiren, der in nicht langer Zeit vollendet sein dürfte.

Der schlimme Nachwinter hat uns jetzt den Besuch unserer Kunstsalons und Ausstellungen besonders lieb gemacht, und diese füllen sich augenblicklich mit sehr anziehenden Kunstwerken. Am meisten wird Gurlitt aufgesucht, bei dem neben anderem Vortrefflichen ein interessantes Gemälde von Böcklin die Kunstfreunde anzieht. Der Künstler thut damit einen ersten, glücklich gelungenen Schritt auf einem neuen Stoff- und Darstellungsgebiete. Das Elementare, wild Phantastische, das er uns sonst mit Vorliebe bietet, kommt hier nicht zum leichten Ausdruck. Er hat eine Biets gemalt in einfacher, ernster und ergreifender Schönheit. Der

zu kommen ist, und daß die Partei, was auch sonst ihr Verdienst sei, auch in dieser Frage Opportunitätspolitik treiben müsse. Daß die Regierungspresse die Vertrauensfrage nicht in einer der Nationalliberalen verlebenden Weise bespricht, ist bei der gegenwärtigen Parteigruppierung natürlich genug. Aber selbst in nationalliberalen Kreisen kann man die Befürchtung nicht unterdrücken, daß Fürst Bismarck, wenn sein Appell an die Nationalliberalen in dieser Frage vergeblich sein sollte, sich auch einmal in einer anderen, nicht kirchenpolitischen Frage der conservativ-clericalen Coalition, von der das Zustandekommen des Gesetzes abhängig ist, bedienen könnte.

Daß die nationalliberale Partei in den kirchenpolitischen Fragen, von der ersten Novelle von 1880 abgesehen, an der von dem Reichskanzler bestrittenen Auffassung festgehalten hat, ist ja richtig, aber bisher hat Fürst Bismarck noch nie eine Opposition deshalb als berechtigt anerkannt, wenn die Opponenten sich dabei auf die innere Konsequenz ihrer Ueberzeugung berufen konnten. Im Gegentheil.

Bei dieser Sachlage wird man doch erst abwarten müssen, bis die dritte Lesung der Vorlage herankommt. Der naheliegende Wunsch der Partei, geschloffen aufzutreten, wird dann wohl zurücktreten müssen gegenüber dem Bedürfnis wenigstens des Theiles der Partei, welcher der Vorlage freundlich gegenübersteht, nicht aus tactischen Rücksichten die von dem Reichskanzler aufgestellte Vertrauensfrage zu verneinen.

### Eine interessante Entwicklung

vollzieht sich gegenwärtig in der Unfallversicherungs-Commission des Reichstags. Die Deutschfreisinnigen haben bekanntlich bereits im Plenum bei der auf die Bauarbeiter bezüglichen Regierungsvorlage durch die Abgeordneten Dr. Barth und Schrader darauf hingewiesen, wie empfindlich das Princip des Umlageverfahrens bei diesem Gewerbe mit stark fluctuierender Arbeiterzahl ins Gedränge kommen werde. Herr Dr. Barth hat es sich in der Commission von vornherein zur Aufgabe gemacht, den Nachweis zu erbringen, daß das Umlageverfahren im vorliegenden Falle durch das Princip des Deductionsverfahrens ersetzt werden müsse, wenn man die Materie sachgemäß regeln wolle. Freitag Abend kam es nun bei Berathung des § 8 zur Entscheidung, ob die Commission sich für das Umlageverfahren oder für das Deductionsverfahren entscheiden wolle. Die Abstimmung fiel zu Gunsten des Deductionsverfahrens aus. Deutlich noch interessanter als das Resultat sind die begleitenden Umstände. Herr Dr. Barth hatte die Erwartungen, daß er seinerseits einen Antrag stellen werde, nicht erfüllt, weil er den Standpunkt vertrat, daß mit der Einführung des Deductionsverfahrens der ganze Entwurf der verbündeten Regierungen zusammenbrechen müsse. Zu einem solchen destructiven Vorgehen fühlte er sich aber als Vertreter einer Minoritätspartei nicht stark genug. Dagegen suchte er auf das eingehendste den Nachweis zu führen, daß die Aufrechterhaltung des Umlageverfahrens sachlich nicht gerechtfertigt werden könne. An diesem Nachweis betheiligten sich nun nicht bloß Herr Dr. Buhl für die Nationalliberalen, sondern auch Herr v. Malgahn-Güllz namens der Conservativen auf das eifrigste. Nur Herr v. Hertling namens der Centrumpartei stellte sich „ganz und voll“ auf die Seite der verbündeten Regierungen. Der Antrag auf Einführung des Deductionsverfahrens wurde von den Conservativen eingebracht und erhielt die Majorität, da die Conservativen, der größte Theil der Nationalliberalen

Leichnam des Heilandes, mit größerer Sorgfalt und mehr Adel füllte, als Böcklin sonst seinen nackten Gestalten zuwendet, liegt hingestreckt auf einer Marmorplatte. Die Madonna, ganz in weite blaue Gewandung gehüllt, beugt sich über ihn. Dieses Gegenständliche erhält Stimmung und Wirkung durch einen Lichteffekt von gewaltigstem Effecte. Eine Wolke, auf der Engel schweben, senkt sich nieder auf die heilige Gruppe, sie verschattet und verbunkelt dieselbe und alle Umgebung in magische Dämmerung, während oberhalb Himmel, Ferne und die Engel selbst in herrlichem Lichtglanze strahlen. Das Gemälde gehört zu den bedeutendsten Schöpfungen des genialen Künstlers, es zieht sofort die Aufmerksamkeit an, bannet uns dann aber fest in seiner Nähe, läßt eine wahrhaft zwingende Gewalt auf den Beschauer aus, der zum Kritischen und Bergleibern gar nicht kommt, sondern sich zuerst dem starken Eindruck völlig gefangen giebt.

Außer diesen Kunstsalons bieten noch viele andere Veranstaltungen Sehenswerthes, das hauptsächlich den Kampf mit dem Frühling unternimmt. Die hiesigen Künstler eröffnen in diesen Tagen ihr neues Vereinslokal, das sie mit hervorragenden Arbeiten ausstatten. Sie sind aus der Commandantenfrage in die lichten, schönen Hallen des Architektenhauses gezogen und ordnen dort ihre permanente Gemäldausstellung. Gube, Begas, Becker, Geselesch, A. v. Werner, Knaus, Mengel und viele andere Künstler ersten Ranges schmücken die neuen Räume mit Werken von ihrer Hand, so daß dieselben, verbunden mit den Gesellschaftsalons des Vereins, die jetzt ebenfalls ihren letzten künstlerischen Schmuck erhalten, zu den Sehenswürdigkeiten Berlins zählen. Die große akademische Kunstausstellung, die wieder in dem Glaspalast bei Moabit sich aufbaut, soll im nächsten Monat, spätestens Juni eröffnet werden und bis in den Herbst dauern, so daß die schönen Tage und Abende des vergangenen Sommers in bescheidenen Verhältnissen wiederkehren dürften. Endlich arrangiren speculative Unternehmer in dem absolut lichtlosen Concertsaal eine Gemäldausstellung, die also wohl elektrische Beleuchtung anwenden wird. Dort darf jeder Besucher sein Votum über das beste Kunstwerk abgeben, und welches die meisten Stimmen auf sich vereinigt, das erhält einen Preis. Das soll wohl die Menge anziehen, die in naher Zeit kaum mehr für solche Zwecke einzufangen sein dürfte. Fesselt uns doch die Kunst kaum mehr unter freiem Himmel.

und die Deutschfreisinnigen dafür stimmten. Daß die Regierung den Antrag nicht acceptiren wird, ist mehr als wahrscheinlich, aber das Anerkenntnis von der Verwerflichkeit des Umlageverfahrens, welches in dieser Abstimmung liegt, ist nichts desto weniger höchst beachtenswerth, besonders für die Bewunderer der officiellen Socialpolitik.

### Eine nationalliberale Parteiverammlung

hat gestern in Leipzig stattgefunden, über welche der officiöse Telegraph zu berichten sich beeilt, ein Vortug, der freilich freisinnigen Partei-Veranstaltungen nicht zu Theil zu werden pflegt. An der Versammlung nahmen, diesem telegraphischen Berichte zufolge, u. a. viele Mitglieder der nationalliberalen Reichstagsfraction theil. Der Abgeordnete von Bismarck war jedoch im letzten Augenblick am Erscheinen verhindert worden. Es nahmen die Abgg. Dr. Buhl, Marquardsen, Dechelhauser, Meyer-Jena, Dr. Böttcher und Dr. Sattler das Wort. Der Erstere sprach die bestimmte Erwartung aus, daß der Patriotismus des deutschen Volkes nicht versagen werde, wenn es jetzt gelte, die Befestigung der deutschen Wehrhaftigkeit erforderlichen Opfer zu bringen — das heißt also, den riesigen Nachtragsetat bedingungslos zu bewilligen. Redner gab ferner der Hoffnung Ausdruck, daß die Reform der Zuckersteuer noch in der gegenwärtigen Session erfolgen und daß auch die Frage der Brantweinsteuer in zweckmäßiger Weise werde geregelt werden. Dr. Böttcher betonte, man solle auch in der schwierigen kirchenpolitischen Frage zu dem Fürsten Bismarck das Vertrauen hegen, daß die Interessen des deutschen Reiches gewahrt würden.

Bei Herrn Böttcher ist also die Vertrauensfrage des Reichskanzlers bereits auf sehr fruchtbaren Boden gefallen. Er wäre offenbar, wenn er Landtagsabgeordneter wäre, für die kirchenpolitische Vorlage zu haben. Wie viele noch mit ihm, das wird, wie wir oben ausführten, die dritte Lesung des Gesetzes lehren.

### Ein Attentatsplan in Budapest.

Bester Berichte erzählen von dortigen anarchistischen Agitationen durch zugereifte Vorden. Die letzteren hätten kürzlich versucht, die große Hagenmacher'sche Dampfmaschine in Brand zu legen. Auch war, wie der „Pester Lloyd“ wissen will, anlässlich der Eröffnung der königlichen Oper ein Bombenattentat geplant, welches jedoch noch rechtzeitig entdet und vereitelt wurde. Es sollen Hausdurchsuchungen vorgenommen sein, bei welchen man anarchistische Flug-Schriften und Sprengstoffschosse fand. Aus den bis jetzt vorliegenden Telegrammen ist, bemerkt dazu das „B. Tagebl.“, allerdings nicht ersichtlich, ob diese Entdeckungen aus letzter Zeit datiren oder bereits früher stattfanden.

### Deutsch-französische Abgrenzung in Westafrika.

In Artikel II. des seiner Zeit dem Bundesrath und Reichstage vorgelegten Protokolls vom 24. Dezember 1885, betreffend die deutschen und französischen Besitzungen an der Westküste von Afrika und in der Südsee, war bestimmt worden;

„Die Grenze zwischen dem deutschen und dem französischen Gebiet an der Elfenküste soll an Ort und Stelle durch eine gemischte Commission festgelegt werden. Die Grenzlinie wird von einem an der Küste zu bestimmenden Punkt zwischen den Gebieten von Klein-Popo und Agné ausgehen. Bezüglich des Laufes dieser Linie nach Norden wird auf die Grenzen der einheimischen Stämme Rücksicht genommen werden.“

Nachdem die von der deutschen und französischen Regierung ernannten Commisars Anfang Februar

Der prachtvolle monumentale Brunnen, den Begas geschaffen hat, ist fertig, man möchte ihn auf einem unserer großen Plätze aufstellen, es fehlen nur noch die Mittel, um das gediegene Kunstwerk des entwerfenden Meisters in Erz und Stein auszuführen. Neuerdings trägt man sich nun mit der Hoffnung, daß das Comité für Aufstellung des Obelisken auf dem Potsdamer Platz die Ergebnisse seiner Sammlungen, die doch niemals jener häßlichen Schöpfung zur Ausführung verhehlen werden, diesem Brunnenprojecte zur Verfügung stellen möge. Dieser Brunnen würde den Platz weit würdiger schmücken.

Die rauhe Witterung unseres Frühlings hat das Publikum länger und lebhafter als sonst wohl an die Theater gefesselt. Trotzdem wird man die schwebende Saison weder für eine interessante noch für eine künstlerisch ergiebige halten können. Am wenigsten bei einem Rückblick auf die königlichen Schauspiele. Hat der Tod des Generalintendanten vielleicht während einwirken können, so hätte doch andererseits die frühe Kraft seines Nachfolgers Versäumtes reichlich nachholen müssen. Aber es läßt sich heute kaum einmal sagen, daß die neue Oberleitung uns mit auf die Zukunft ausgestellten Wachsen befriedigt. Mit alldem Vertrauen, mit den besten Erwartungen ist man dem Grafen Hochberg entgegengekommen, heute beurtheilt man sein Wirken ungemein kühl. Große Züge, höhere Gesichtspunkte lassen sich nirgends erkennen, ebenso wenig die starke Hand, die reformirend eingreift. Sauter Nebenständliches, kleine Maßnahmen, eine unruhvolle Vielgeschäftigkeit sind bisher das Einzige, was den Intendanten charakterisirt, dem es an dem besten Willen gewiß nicht fehlen mag, der sich bisher aber nur als Dilettant hat zeigen können.

Der Winter ist fast vorübergegangen, ohne daß Schauspiel oder Oper irgend eine bedeutende Novität gebracht haben, und Widenbruchs Fürst von Verona, der jetzt kürzlich erschienen ist, scheint keine große Lebenskraft zu entwickeln. Alte werthlose Stücke von Benedix, Jffland u. sind nur deshalb neu einstudirt worden, um Marie Seebach ein Repertoire zu schaffen, die sich in ein vorbandenes Fach nicht fügen konnte oder wollte. Wenn das Engagement dieser verbliebenen Tragödin nicht Besseres bringt, so ist es als vollständig verfehlt zu betrachten. Es fehlt ihr an warmem Blut, an humoristischem Temperament, an eindringlicher schöpferischer Kraft. Sie constructirt ihre Gestalten



dieses Jahres an Ort und Stelle die erforderlichen Untersuchungen vorgenommen haben, ist als Grenzlinie der Meridian festgelegt, welcher von der Küste ausgehend die Westküste der kleinen Insel Bahol trifft (in der Lagune zwischen Ague und Klein-Bahol etwas westlich von dem Dorfe Hilla-konbi gelegen) und nach Norden verlängert wird, bis zu dem Punkte, wo er den neunten Grad nördlicher Breite erreicht.

Dieses Uebereinkommen hat die Zustimmung der beteiligten Regierungen gefunden.

### Das Armuthszeugniß für Herrn v. Giers.

Ein besonderer Correspondent schreibt der „Vol. Corr.“ aus Berlin: Man ergeht sich hier in Vermuthungen, was den Kaiser von Rußland veranlaßt haben mag, Herrn v. Giers den Orden nicht zu verleihen, mit dem alle Welt seine Brust bereits geschmückt sah und der in den Augen der öffentlichen Meinung gleich einem Friedenssterne leuchten sollte. Ob der Kaiser im letzten Augenblicke von der beabsichtigten Decorierung Abstand genommen hat, weil er sich nicht den Anschein geben wollte, als weiche er einer Preßion, welche durch die verbreitete Verächtlichkeit der Ordensverleihung ausgeübt worden wäre, oder ob die Freunde Herrn Rastkow's in der unmittelbaren Umgebung des Zaren einflußreich genug gewesen sind, um den Hauptrepräsentanten des militanten Panislawismus vor dem indirecten Verweise zu schützen, den man aus einer Auszeichnung des friedliebenden Ministers des Auswärtigen hätte herauslesen können — das muß vorläufig noch dahingestellt bleiben. Jedenfalls liegt es auf der Hand, daß die Günstbezeugungen, deren Rastkow sich jüngst wieder zu erfreuen gehabt hat (wir erinnern nur daran, daß seine Zeitung erst kürzlich wieder als das officiöse Organ für eine gewisse und sehr einträgliche Klasse von Annoncen bezeichnet worden ist), ihn in den Augen der öffentlichen Meinung, in Rußland sowohl wie im Auslande, zum eigentlichen Vertreter derjenigen Politik stempeln, die sich der besonderen Sympathie des Kaisers von Rußland zu erfreuen hat.

Bis zu einem gewissen Grade mag damit wohl der Giers'schen Politik ein Armuthszeugniß ausgestellt sein; bei der eigenthümlichen Lage der Dinge in Rußland ist damit jedoch keineswegs gesagt, daß diese letztere Politik dadurch einen bedenklichen Stoß erfahren habe. Man glaubt im Gegentheil ziemlich allgemein, daß Herr v. Giers nach wie vor das einzige amtliche Organ der auswärtigen Politik des Kaisers von Rußland bleiben werde, und daß diejenigen in einem Irrthum befangen seien, welche den General Ignatiev bereits als seinen unmittelbaren Nachfolger bezeichnen zu können glauben. General Ignatiev hat seinerzeit das Vertrauen seines Herrn verloren, weil er sich dieses Vertrauens in den Augen des Kaisers unwürdig gezeigt hat. Alexander III. gilt nicht für einen Mann, der in solcher Beziehung eine einmal gefasste Meinung so leicht wieder aufgibt, und Ignatiev erscheint selbst in weiter Ferne noch nicht als ein möglicher Minister des Auswärtigen. Eine andere Frage ist es, ob Herr v. Giers das gegen ihn beobachtete Verfahren wie eine Kränkung empfinden und darauf durch Einreichung seines Entlassungsgesuchs reagiren wird. Diese Möglichkeit erregt aber hier nur geringe Besorgniß, da man mit Recht oder mit Unrecht, zu der Ansicht hinneigt, Herr v. Giers werde auch diesmal wieder, wie es bei früheren Gelegenheiten der Fall gewesen ist, in dem Wunsche des Kaisers, ihn bei sich zu behalten, einen Befehl erbliden, dem er sich unterwerfen wird.

Wenn demnach die Ordensverleihung an Herrn v. Giers keine Aenderung der russischen Politik zur Folge gehabt haben würde, wie dies kürzlich in einer für officiös geltenden Rundgebung der „Nordd. Allg. Ztg.“ hervorgehoben wurde, so kann man auf der anderen Seite ebenso bestimmt und richtig sagen, daß die Nichtverleihung des dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten zugeordneten Ordens, vorläufig wenigstens, ohne Wirkung auf die herrschende Strömung der russischen Politik ist.

„Vorläufig!“ Mit dieser Einschränkung ist nur ein weiterer Beweis für die Existenz des „Armuthszeugnisses“, wenn auch nur „bis zu einem gewissen Grade“, gegeben.

### Ruhe in Massaua.

Wie aus Rom gemeldet wird, constatiren die daselbst aus Massaua eingelaufenen Berichte, daß im dortigen Gebiete allgemein ziemlich Ruhe

mit dem Kopfe, nicht mit dem Herzen, überladet ist mit einem bunten schillernden Mosaik von Nuancen, die Charakter und Lebenskraft derselben vollständig ersticken. Leider ist zu beforgen, daß diese Fehler nicht schwinden, vielleicht noch stärker hervortreten werden, wenn die Dame einsteht, daß sie heute nur noch auf ihre Virtuosität, auf ihren ruhelosen arbeitenden Geist angewiesen ist.

Ungleich glücklicher scheint der Griff zu sein, den man mit Herrn Göder gemacht hat. Endlich dürfte da ein einigermaßen ausreichender Ersatz für Theodor Döring in seinen komischen und humoristischen Rollen, die doch seine besten waren, gewonnen sein. Der Malvollio litt noch unter gar zu großer Zurückhaltung, die sich sicher bei einer Wiederholung legen dürfte, denn angelegt war er vornehmlich — aber vollendet war der Oberhofmeister im „Geheimen Agenten“, bekanntlich auch eine Meisterleistung des alten Döring. In diesem vom Gefühl seiner Würde und Unentbehrlichkeit erfüllten Hofsling war nichts Carricatur, mit keinem Zuge erinnerte er an den Hofmarschall Kallb. er nahm den Charakter ernst, führte ihn mit der Gewissenhaftigkeit eines niederländischen Bildhauers aus bis in die kleinsten Füge und wirkte damit echt künstlerisch, d. h. maßvoll und hochförmlich. Aber so etwas kann, wird noch weit mehr leisten; durch Vollkraft und Göder dürfte unser Lustspielrepertoire sich anzuehnen gestalten, zumal wir in Paula Conrad eine allerliebste Naive besitzen und auch Frau Kallb sich mit viel mehr Glück und Erfolg in das Fach der Friebe, wenigstens in einen Theil desselben, einspielt, als es Marie Seebach jemals gelingen wird.

In der Oper ist die „Lobengrin“-Frage noch immer auf der Tagesordnung. Eilli Lehmann ist seit einiger Zeit in Berlin, ihrem Wiederengagement scheinen sich aber feste Riegel vorzulegen. Der Cartellverband deutscher Bühnenleiter, dessen Generalsekretär Herr Sachse, der Gemahl unserer Primadonna Fr. Hofmeister ist, hat festgesetzt, daß auch trotz Zahlung der Conventionalstrafe ein Wiedereintritt in das alte Verhältniß nicht gestattet ist. Einerseits mag solche Strenge angesichts der allgemeinen Jagdenlust nach Amerika ganz richtig sein, andererseits aber beraubt man sich selbst und sein Ensemble. Alle Welt ist darüber einig, daß es Frau Sachse-Hofmeister zu einer dramatischen Sängerin an Kraft und Leidenschaft, an tragischem Pathos und hinreißender Stimmengewalt fehlt und daß Fr. v. Voggenhuber nicht mehr im Besitz ihrer früheren Mittel sich befindet. Die Lehmann würde als Isobe, Donna Anna, Brünnhilde, Fidelio sie weit überbieten, und andere dramatische Sängerinnen sind nicht zu haben. Aber auf die Contractbrüchige

herrsche. Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß die Abessinier überwiegend von friedlichen Anschauungen erfüllt seien. Reisende, die aus Abessinien in Massaua eingetroffen sind, bestätigen, daß der Negus, der sich andauernd in Motolle aufhält, das Vorgehen Ras Alulas mißbilligt habe, und die Umgebungs des Negus scheint eine Verständigung mit Italien zu wünschen.

### Deutschland.

△ Berlin, 24. April. Der Kaiser conferirte heute Mittag sehr lange mit sämtlichen Mitgliedern der Schloß-Bau-Commission, unter welcher sich Graf Stolberg, Graf Verbonhorst, der Hofbaurath Perius befanden. Um 4 Uhr Nachmittags hatte der auf Urlaub hier befindliche deutsche Botschafter in Paris, Graf zu Münster, Audienz bei dem Kaiser.

△ Berlin, 23. April. [Die Sonntagsenquete.] Die Zusammenstellung der Ergebnisse der Enquete über Sonntagsarbeit ist beendet und befindet sich im Druck; dieselbe dürfte mit einem Generalbericht demnächst dem Reichstage zugehen. Diese Zusammenstellung enthält ein reiches statistisches Material, und dürfte, nach Meinung der „V. P. M.“, sich die Bestätigung der dem Renner des deutschen Wirtschaftslebens ohnehin bekannten Thatsache ergeben, daß die Verhältnisse und Bedürfnisse der einzelnen Erwerbszweige eine so allgemeine Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit aufweisen, daß es ohne schwere Beeinträchtigung der Bedürfnisse des praktischen Lebens nicht angängig erscheinen möchte, sie über einen Leisten zu schlagen. Jedenfalls würden die gesammelten Daten dazu dienen, die Frage der gesetzlichen Behandlung der Sonntagsarbeit nach allen Richtungen zu klären.

\* [Graf Gaffel's], der deutsche Botschafter in London, ist mit zweiwöchentlichem Urlaub nach Berlin abgereist.

\* [Das Polizeipräsidium von Berlin] beabsichtigt, wie die „Berl. Rln. Wochenschr.“ mittheilt, eine Verordnung zu erlassen, welche die öffentliche Anklündigung und Anpreisung von Arzneimitteln, deren Verkauf polizeilich unterlagert oder beschränkt ist, sowie von Geheimmitteln verbietet. Der Magistrat, dessen Zustimmung erforderlich ist, hat sich mit der Tendenz der Verordnung einverstanden erklärt, aber hinsichtlich der Fassung und Tragweite eine commissarische Berathung für wünschenswerth erachtet. Das Polizeipräsidium hat in die Forderung gewilligt und die Herren Regierungsrath Dr. Bischoff und Regierungsrath Christ zu seinen Commissariern ernannt. Der Magistrat wird durch die Herren Generalarzt Dr. Wasserfuh und Stadtrath Jelle vertreten sein.

\* [Die Arbeiten der Ansehungs-Commission] sind nach der Rückkehr des Oberpräsidenten Jodis aus Karlsruhe wieder in lebhafteren Gang gekommen. Es handelt sich neben den Anträgen zur Zeit insbesondere darum, die ersten Colonisationswerke zu setzen. Die Vorbereitungen für die Befriedelung einiger der angekauften Güter, welche zugleich dazu dienen soll, Erfahrungen für die weiteren Colonisationsarbeiten zu sammeln, erfordern eine intensive persönliche Thätigkeit des Vorsitzenden der Commission und werden jetzt energisch gefördert. Zu Anfang Mai ist eine weitere Sitzung der Ansehungs-Commission in Aussicht genommen.

\* [Die apokryphe Proclamation des Königs Ludwig.] Wie aus Basel berichtet wird, hat man als Verfasser der angeblichen Proclamation des verstorbenen Königs Ludwig von Bayern, welche seinerzeit so großes Aufsehen erregte, den 38 Jahre alten Buchdrucker, Sprachlehrer und Agenten Ernst Theodor Schellberg aus Marienberg (Kreis Widauf in Sachsen) entdeckt. Derselbe wurde vor einigen Tagen vom dortigen Straßgericht wegen falscher Schriftenabgabe, sowie wegen Betrugs in contumaciam zu einer sechsmonatlichen Gefängnisstrafe verurtheilt.

\* [Zur Kaufbutterfrage.] In der Reichstags-Commission zur Vorberathung der Kaufbuttervorlage wurde am Sonnabend der Antrag Solstein, in § 1 die Färbung vorzuschreiben, die Bestimmung der Farbe aber dem Bundesrathe zu überlassen, mit 12 gegen 12 Stimmen abgelehnt und auf Antrag des Abg. Gottburgers beschloßen, den Namen „Butter“ durch „Margarin“ zu ersetzen. Darauf vertagte sich die Commission.

\* [Zum Vorbeziehen einer wissenschaftlichen Station in Kamerun] ist nach der „Rdn. Ztg.“ regierungsfestig Premierlieutenant Rund vom 17. Infanterie-Regiment in Aussicht genommen. Derselbe hat im

muß man zu eigenem Schaden verzichten, und so beifügt man sich einwilligen.

Den Don Juan hat man neu einstudirt, aber so wenig wie früher kann er jetzt als Musteraufführung gelten. Oberhauser, der am ersten Abend die Titelpartie sang, hat sie sofort an Bez zurückgeben müssen, dem aber Mitterlichkeit, faszinierende sinnliche Gluth, Eleganz fehlen. Von den Damen steht eigentlich nur die Renard mit ihrer reizenden, pikant gefügten und charakteristisch gespielten Partelle auf der Höhe ihrer Aufgabe, und außerdem ist das Orchester unter Deppe's Leitung entschieden besser geworden. Es hat viel böses Blut gemacht, als der Intendant plötzlich den Kapellmeister Nadecke ohne jeden Grund entließ und Deppe, den Dirigenten der schlesischen Musikfeste, der auch die Opern des Grafen einstudirt und aufgeführt hatte, an das Dirigentenpult der königlichen Oper berief. Die Sänger klagen auch heute noch, daß Deppe sich weniger um sie, als um das Orchester kümmere. Dieses Orchester aber, ebendam der schönste Theil unserer Opern, hat sich bedeutend gehoben und hebt sich zusehends mehr. Die Unruhe, die der neue Intendant in alle ihm unterstehenden Theaterverhältnisse gebracht hat, dehnt sich auch auf das Opernpersonal aus. Verschiedene beliebte Sängerinnen und Sänger sollen oder wollen das Institut verlassen, Verhandlungen werden angeknüpft und abgebrochen; unter solcher Unsicherheit kann Oper und Schauspiel nicht gedeihen.

Auch das Deutsche Theater ändert jetzt oft schnell seine Dispositionen. Die „Alexandra“ von Noß, die in München großen Erfolg errungen, war zur Aufführung vollständig vorbereitet, da zieht sich Hedwig Raabe zurück, weil sie schon am 1. Mai diese Bühne verläßt und in so kurzer Zeit kein genügendes Geschäft mit der neuen Rolle machen kann; sie will sich dieselbe für eine andere hiesige Bühne vorbehalten, mit der sie ein Saisonsgeschäft abschließt. Der Vortheil eines solchen Arrangements leuchtet auch dem Dichter ein, er entzieht dem Theater sein Stück ganz, damit nicht eine andere Darstellerin die Hauptrolle nehme, und so hat die Bühne des Herrn V. Aronow Kosten und Arbeit des Studirens umsonst verwendet. Die anderen Bühnen füllen ihr Repertoire mit alten Stücken: Operetten von Strauß und Willöder die eine, im Residenztheater wiederholt Barnay täglich die Gräfin Lea, das Wallertheater füllt eine französische Posse, sehr leichte Waare, aber sehr wirksam gearbeitet, unglücklich komisch, vorzüglich gespielt. Wo finden wir kaum ein Theater in Berlin, das der ablaufenden Saison einen bedeutenderen oder auch nur interessanteren Inhalt gegeben hätte.

Jahre 1885/86 gemeinsam mit Lieutenant Tappenbeck im südlichen Congo-Beden eine beachtliche Reise ausgeführt. Außer Lieutenant Rund werden noch ein Arzt und ein Botaniker, über deren Wahl noch keine Entscheidung getroffen ist, in kürzester Zeit für drei Jahre nach Kamerun übersiedeln. Letztere Herren werden voraussichtlich die meteorologische Station verwalten, während Herr Rund sich vorzugsweise der Erforschung des Hinterlandes von Kamerun widmen wird. Die Kosten für diese Station werden jenem Posten von 150 000 Mk. entnommen, der ursprünglich zur Erforschung des Innern Afrikas bestimmt war.

Mainz, 22. April. Die Verhaftungen und Hausdurchsuchungen auf Grund des Socialistengesetzes dauern fort. So fanden gestern wieder in Gonsenheim und Hechtsheim Hausdurchsuchungen statt. Die in Hechtsheim Verhafteten wurden wieder entlassen.

\* [Ausweisungen.] Auf Grund des Socialistengesetzes wurden vorgestern der Maurer August Deder und der Weber Ferdinand Wendt, beide Friedrich-Karlstraße in Friedrücksberg wohnhaft, aus dem Bannkreise des kleinen Belagerungslandes ausgewiesen. Beide Gemagregellen haben ihren Wohnort innerhalb 48 Stunden zu verlassen. Die Verfügung ist vom Regierungs-Präsidenten von Potsdam veranlaßt worden.

\* [Witu-Gesellschaft.] Von der „Deutschen Colonial-Zeitung“ geht der „Kreuztg.“ folgendes zu: Mehrere Zeitungen ist vor einigen Tagen von einer dem Witu-Unternehmen nicht günstig gesonnenen Seite berichtet worden, daß Sultan Ahmed von Witu sich über die Vertreter der Witu-Gesellschaft beschwerte. Derselbe gebe an, daß Capitän Rabenhorst unwahre Berichte über ihn gelaßt und dadurch den Präsidenten des Colonial-Vereins zu Verwirrungen über ihn, den Sultan Ahmed, an das auswärtige Amt veranlaßt habe. Der Sultan habe in Folge dessen, namentlich auch deshalb, weil Rabenhorst ihm einen Brief des Fürsten Hohenlohe-Langenburg vorgelesen, aber nicht den Brief selbst zurückgelassen hat, die Beziehungen zu den Vertretern der Witu-Gesellschaft abgebrochen. Einer derselben, Lieutenant Schmidt, lehre in einigen Monaten nach Deutschland zurück. Diese Mittheilungen sind in keiner Weise bestritten. Der Sultan begt dieselben Gesinnungen wie früher dem Unternehmen gegenüber und hat auch das Schreiben des Fürsten Hohenlohe in einem Briefe beantwortet, dessen freundlicher Ton die Verdächtigungen als unbegründet erkennen läßt. Die Rückkehr des Lieutenant Schmidt, welche als eine Folge der angeblichen Mißbilligungen erscheinen könnte, erklärte sich daraus, daß derselbe sich nur auf ein Jahr verpflichtet hat. Dieser Tage wird übrigens ein neuer Abgesandter der Gesellschaft nach Witu gehen.

Frankfurt a. M., 23. April. [Unschuldig verurtheilt.] In der gestrigen Sitzung der Strafkammer des Landgerichts erfolgte u. a. im Wiederanbemerberfahren die Freisprechung zweier unschuldig Verurtheilten. Die Arbeiter Wilhelm Tieß und Friedrich Schulz aus Müncheberg waren des schweren Diebstahls, der am 29. November 1885 im Laden des Kaufmanns W. dortselbst begangen worden, beschuldigt und ersterer zu einer Zuchthausstrafe von 4 Jahren, letzterer zu einer solchen von 2 Jahren verurtheilt worden, hatten auch bereits ihre Strafe im Zuchthause zu Sonnenburg angetreten. Da inzwischen Zweifel an der Schuld der Verurtheilten aufgefunden waren, dieselben auf Antrag der hiesigen Staatsanwaltschaft freigelassen worden, und im heutigen Termin wurden sie von dem ihnen zur Last gelegten Verbrechen freigesprochen, nachdem sich zwei vorgeladene Zeugen, der Schlosserlehrling Adolph M. und der Cigarrenmacherlehrling Ch., beide aus Müncheberg, jenes Diebstahls für schuldig bekannt hatten. Gegen diese wurde gleich im Anschluß an obigen Termin verhandelt.

Posen, 24. April. Eine Anzahl polnischer Colonisten hatte von einem deutschen Besitzer aus Colmar i. P. 19 Parzellen erworben und für dieselben schon 15 000 Mk. angezahlt. Bevor jedoch die Parzellen, auf denen die Colonisten schon zu wirtschaftlichen begonnen, volles Eigenthum derselben wurden, meldete der Besitzer des Gutes den Concurs an, und die Gläubiger beantragten Sequestration. Die Sache wird nun zur gerichtlichen Entscheidung gelangen. Der „Dziennik Pozn.“ giebt den Rath: die Bauern möchten eine Lehre hieraus ziehen und sich in derartigen Fällen stets an die polnische Rettungsbank wenden.

Darmstadt, 23. April. Prinz Heinrich von Preußen und Prinzessin Irene empfangen heute im Beisein des Großherzogs eine Deputation der Residenz Darmstadt, welche eine Glückwunschkarte überreichte.

München, 22. April. Eine romantische Ehe, so schreibt man dem „Dann. Cour.“ von hier, hat Ministerpräsident Dr. Frhr. v. Lutz eingegangen sich entloffen. Der im 61. Lebensjahre stehende Vorsteher im bairischen Ministerium und ehemalige Vertraute weilsen Königs Ludwig II., durch dessen Gunst es ihm gelang, durch 20 Jahre hindurch seinen Ministerposten zu behaupten, will eine dritte Ehe eingehen, und die erforere Braut ist es, welche die Aufregung im Lande hervorruft. Wie bereits berichtet, ist die etwa 43 Jahre alte Braut die Wittve eines der bedeutendsten Großindustriellen Süddeutschlands, des bayerischen Finanzrathes und Fabrikbesizers L. A. Riebing. Wie die Wittve heute über Millionen zu gebieten hat, so arm war sie bei ihrem Eintritt in die Welt als die Tochter des Barbiers Breisler in Rempten. Der Vater konnte nicht genug Brod aufstreichen, die Kinder zu ernähren, daher hieß es für die hübsche Greise, bald hinauszuwandern, um in der Fremde „in Dienst“ zu gehen. Greisobin hatte Glück, die schwäbische Schönheit fand Stellung im Patrizierhause des reichen Fabrikberns Riebing. Der Kaufherr war Wittwer und er führte Greisobin zum Altar. Nach dem Tode ihres Mannes verlebte die Wittve stets einige Zeit des Jahres in der Residenz, und lernte, in den ersten Häusern derselben verlebend, den alternenden Ministerpräsidenten kennen, welcher endlich der noch immer hübschen Frau die Hand zur Ehe anbot. Wenn man sich erinnert, wie Lutz wegen der Religion seiner zwei Kinder aus früherer Ehe angefeindet wurde (er ließ sie, obwohl Katholik, protestantisch erziehen), dann wird man das Aufsehen begreifen, das seine dritte Ehe hervorruft. Eigenthümlich find nun die Verhältnisse allerdings, der im Greisenalter stehende Brautigam hat zwei Kinder, die Braut einen eigenen Sohn und zwei Töchter, die jetzt die Chefs des Weltbankes L. A. Riebing in Augsburg sind, außerdem soll eine Testamentsclausel bestimmen, daß im Falle der Wiederverheirathung der Wittve einige Millionen Mark abgenommen werden. Bei dem großen Reichthum des Hauses Riebing und der Wittve selbst haben aber einige Millionen weniger nicht viel zu bedeuten. In der Residenz sowie in Augsburg spielt man den „Roman“ natürlich immer weiter aus. Politische Kreise wittern in dieser Verheirathung den nahen Rücktritt des Dr. v. Lutz, der nun sein otium cum dignitate genießen könnte.

### England.

London, 23. April. In Taunton wurde an Stelle Allopp's der Conservative Allsopp, ein Bruder des bisherigen Deputirten, mit 1426 Stimmen in Unterhaus gewählt. Sein Gegner war Sanders, ein Anhänger Gladstone's. (B. Z.)

### Serbien.

\* Berliner Blättern waren Gerüchte über eine „in der serbischen Königsfamilie ausgebrochene Krisis“ mitgetheilt worden, in deren Folge die Abreise der Königin Natalie für möglich erachtet werde. Der „Nordd. Allg. Ztg.“ werden von der serbischen Regierung diese Nachrichten als „tendenziös

und gänzlich falsch“ bezeichnet, mit dem Beifügen, daß die Königin den ganzen Winter hindurch kränzlich war und nun nach ärztlichem Rath zur Erholung ihrer Gesundheit einige Wochen am Seegeflade zubringen solle.

### Rußland.

Petersburg, 21. April. Unabhängig von der neuen Steuer für das „Recht des Aufenthalts im Auslande“ soll, wie verlautet, die Gebühr für die Paßblankette, welche gegenwärtig für einen Halbjahrs-Paß 50 Kop. beträgt, auf 3 Rubel erhöht werden.

### Von der Marine.

V Kiel, 23. April. Das Kanonenboot „Häyne“ wird, nachdem es von dem Kreuzer „Rantius“ von der ostafrikanischen Station abgelöst ist, Mitte Juni Janzibar verlassen und nach Capstadt in See gehen. Von Capstadt tritt „Häyne“ Ende Juli, St. Vincent auf den Cap Verdischen Inseln anlaufend, die Heimreise an und wird voraussichtlich im September in Wilhelmshaven eintreffen. — Das Fahrzeug „Rein“, welches bekanntlich dem Oesterreichischen Kaiser in Dienst gestellt. Briefsendungen für dieses Schiff sind vorläufig nach Kiel zu dirigiren.

Am 26. April: 6. A. 4, 8, 17, 19 Uhr. Danzig, 25. April. Mond-A. 1. 24. 31. 11. 10, 20.

Wetter-Aussichten für Dienstag, 26. April, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte. Ziemlich heiteres Wetter mit schwachem bis mäßigem Luftbewegung bei wenig veränderter Temperatur. Keine oder geringe Niederschläge.

\* [Gewitter.] Nach einem für diese Jahreszeit selten heißen Tage zog gestern Abend zum ersten Mal in diesem Jahre ein kurzes Gewitter über unsere Stadt hinweg, das aber leider nur sehr wenig des dringend erwünschten Regens brachte. Heute Nachmittags folgte ein zweites Gewitter.

\* [Neue Serbische Eintheilung.] Zu dem neuen Serbistatist und der damit verbundenen neuen Klassen-Eintheilung der Orte (für den Wohnungsgeldzuschuß der Beamten) waren bekanntlich beim Reichstage zahlreiche Petitionen, namentlich von Magistraten, eingegangen. Die meisten derselben sind nach dem nun vorliegenden Bericht der Budget-Commission unberücksichtigt geblieben. Soweit unsere Gegend in Betracht kommt, hat dieselbe nur eine Petition von Beamten aus Inowrazlaw um Verlegung dieser Stadt aus der III. in die II. Serbistasse der Reichsregierung zur Erwägung überwiesen; ferner hat dieselbe die Stadt Bartenstein aus der von der Regierung vorgeschlagenen III. in die IV. Serbistasse zurückverlegt. Abgelehnt sind die Petitionen des Magistrats zu Allenstein um Verlegung dieser Stadt aus der III. in die II. Klasse, der Magistrate zu Pt. Holland und Löben um Verlegung aus der IV. in die III., desgl. des Magistrats zu Johannishöfen aus der V. in die IV. und der Gemeindebehörden zu Bodorz um Verlegung aus der IV. in die III. Klasse.

\* [Militärische Bauten.] Wie wir aus den münchener bei dem Reichstage eingegangenen Special-Entwürfen zu dem großen Nachtrags-Etat ersehen, werden in demselben auch zu militärischen Bauten in West- und Ostpreußen erhebliche Beträge gefordert. Der bedeutendste davon ist ein Posten von 953 000 Mk. für den Neubau und die Ausstattung einer Artillerie-Kaserne in Allenstein, welche die dort zu stationierende Abtheilung des westpreussischen Feld-Artillerie-Regts. Nr. 16 aufnehmen soll. Von den 953 000 Mk. enthielt der erste Etat für 1887/88 bereits 40 000 Mk., 500 000 Mk. stehen auf dem Nachtrags-Etat pro 1887/88, der Rest von 413 000 Mk. soll später bewilligt werden. Die Feld-Artillerie in Danzig ist bekanntlich um einen Abtheilungsstab, 209 Mannschaften und 92 Pferde vergrößert worden. Hieron sind sämtliche Mannschaften und 45 Pferde in dem auszubauenden militärischen Karmeliterkloster und in der Artilleriekaserne unterzubringen; für 47 Pferde sind Stallungen zu errichten. Für den obigen Ausbau und die Beschaffung von Ausstattungsgeräthen werden 45 570 Mk. gefordert. Eine neue Infanterie-Kaserne, und zwar für das daselbst seit Anfang April stationirte neue Bataillon, soll in Strassburg in Westpreußen erhalten. Die Gesamtkosten werden ca. 580 300 Mk. betragen, wovon jedoch nur 14 000 Mk. als erste Rate für Grunderwerb und Entwurfsbearbeitung auf den diesmaligen Nachtrags-Etat gebracht sind. Ferner werden zu provisorischen Bauten und Ausstattungsgeräthen für die neue Strassburger Garnison 78 700 Mk. und für ein Garnison-Lazareth daselbst 50 000 Mk. (erste Rate der auf 65 000 Mk. veranschlagten Gesamtkosten) verlangt. Für die Thorne Garnisonverköstigung werden 49 605 Mk. zu baulichen Herstellung und Geräthe-Ausstattungen; für Königsberg zu baulichen Einrichtungen und Geräthe-Ausstattung der neuen Train-Compagnie 28 470 Mk. verlangt. Ferner sollen in Strassburg und Inowrazlaw Exercierplätze und Schießstände neu angelegt, in Thorn der Exercierplatz festgelegt werden. Der dafür aufzuwendende, nicht speciell angegebene Geldebetrag soll einem durch den Nachtrags-Etat auf insgesamt 695 000 Mk. bemessenen Titel für neue Exercierplätze und Schießstände entnommen werden. Endlich sei noch erwähnt, daß auch für bauliche Einrichtungen und zur Geräthe-Ausstattung der neuen Garnison Inowrazlaw 99 745 Mk. gefordert werden.

\* [Schloßbau-Lotterie.] Da vermuthlich die erforderliche Anzahl von Loosen der diesjährigen Lotterie des Vereins für die Herstellung und Ausbesserung der Marienburg bis heute Abend nicht abgesetzt sein wird, so wird wahrscheinlich der auf morgen festgesetzte Ziehungstermin verschoben werden. Weitere Mittheilung in dieser Zeitung wird eventuell erfolgen.

\* [Ernennung.] Der bisherige Magistrats-Bureau-Affistat Rietmann ist durch Verlegung des Kreis-Ministeriums zum Kammer-Inspector hieselbst ernannt worden.

\* [Deichbau.] Durch den Deichhauptmann Herrn Bockst in Freudenhufen ist die diesjährige Frühjahrs-Deichbau in der Binnenebnung auf Freitag, den 6. Mai, angelegt worden. Nach der Einnahme einer Deichamtstung in Schönbau statt.

\* [Preßprozeß.] Wir theilten vor einigen Wochen mit, daß auf Verfügung der königl. Staatsanwaltschaft in dem Geschäftslokal des „Danz. Courier“ eine Nachsicherung nach dem Manuscript eines Artikels über die Reichs-Einkommensteuer abgefordert worden sei, da die Staatsanwaltschaft diesen Artikel incriminirt hatte. Wie wir hören, hat die hiesige Strafkammer den betreffenden Artikel jedoch nicht für strafbar erachtet und daher den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt.

\* [Zum Stempelwesen.] Es sind vielfach Zweifel erhoben, ob zu amtlichen Urkunden über die Beglaubigung oder die Richtigkeit von Urkunden der Urstempel von 1.50 A. auch dann verwendet werden müsse, wenn dem Aussteller des Attestes die Befugnis zur Urstempelbeglaubigung nicht ausdrücklich bezeugt ist und seiner Beglaubigung daher die volle Beweiskraft der gerichtlichen oder notariellen Urkunde nicht beigemessen werden kann. Zu diesen Beglaubigungen sind vorwiegend die Atteste der Bürgermeister und der übrigen Ortsvorstände zu rechnen. Seitens des Finanzministeriums soll durch einen kürzlich ergangenen Erlaß bestimmt worden sein, daß die Urstempelbeglaubigungen







Durch die heute früh 5 1/2 Uhr erfolgte Geburt eines Sohnes wurden erfreut  
Danzig, den 24. April 1887.  
H. Kaurath  
und Frau, geb. Mittrich.

Statt besonderer Meldung.  
Die glückliche Geburt eines kräftigen Knaben zeigen hocherfreut an  
(7727)  
Danzig, den 24. April 1887.  
Paul Geysselt  
und Frau Olga, geb. Komisch.

Heute früh wurde meine liebe Frau Margarete geb. Danz von einem gesunden Knaben glücklich entbunden  
Danzig, den 24. April 1887.  
Carl Mindt.

Heute Vormittag 9 1/2 Uhr wurde uns ein Töchterchen geboren.  
Dr. C. Kuhnle, Fabrikdirector u. Frau Marie geb. Giese.  
Bismarck a. B. den 23. April 1887.

Die gestern vollzogene Verlobung meiner Tochter Elise mit Herrn Heinrich Seidler aus Dresden, erlaube ich mir hierdurch, statt jeder besonderen Meldung, ergebenst anzugeben.  
Danzig, den 25. April 1887.  
Johanna Klugeberg-W. geb. Friedrichsen.

Am 24., Mittags 12 Uhr, entschlief sanft nach langen Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere unvergessliche, theure Mutter.  
Frau Dr. Henriette Semon, geb. Wagners.  
In tiefer Betrübnis bitten um stille Theilnahme.  
Die Hinterbliebenen.  
Sanitätsrat Dr. Julius Semon.  
John Semon.  
Amely Semon.  
Max Semon.  
Danzig, den 24. April 1887.  
Die Beerdigung findet Mittwochs, den 27., Nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus statt.  
(7734)

Statt besonderer Meldung.  
Heute 11 1/2 Uhr Vormittags verschied nach langem schweren Leiden mein innigst geliebter Mann, der Postamtsvorsteher Adolph Hansberg, welches im Namen der Hinterbliebenen, um stille Theilnahme bittend, tief betrübt anzeigt.  
Camilla Hansberg, geb. Riedke.  
Dra, den 24. April 1887.

Dampfer „Grandeur“, Capitain Engelhardt, ladet bis Mittwochs, den 27. April cr. in der Stadt und Neufahrwasser nach den Weichselhäfen bis Gulin zur billigen Fracht.  
Anmeldungen erbittet  
A. R. Piltz,  
Schäferstr. 12.  
(7731)

Marienburg. Schlossbau-Lotterie, Hauptgewinn 100 000, Loose 10.  
Loose der Königsberg. Pferde-Lotterie 10.  
Loose der Marienburg. Pferde-Lotterie 10.  
Loose der Weimar'schen Lotterie, Serie I. u. II. 10.  
Loose der Pommerschen Lotterie, 10.  
Auerletzte Ulmer Münsterbau-Lotterie, Hauptgewinn 75 000, Loose 10.  
Th. Bertling, Gerbergasse 2.

Marinirten Lachs, pro Pfund 80 Pf. empfiehlt  
A. W. Prahl,  
Breitgasse 17.  
(7723)

Feinste Gothaer u. Pommersche Cervelatwurst in allen Größen, feinsten neuen  
Elb-Caviar, pro Pfd. 1.60, empfiht  
Carl Köhn,  
Vorst. Graben 45, Ecke Melkergasse.

Speck-Flundern, sowie jede anderen Räucherfische, täglich frisch, empfiehlt  
M. Jungermann,  
Melkergasse Nr. 10.  
(7730)

Vanillen-Bruch-Chocolade, täglich frisch, a Pfd. 90 Pf. bei Entnahme von 5 Pfd. a 80 Pf. offerirt die Chocoladen- und Zuckersfabrik  
J. Löwenstein,  
Deilasse Geisgasse 130, Langgasse 54.  
Buttermilch zur Kur täglich 2 Mal frisch, empfiehlt die Danfauer Meierei Holzmarkt Nr. 24, Eingang Breitgasse.  
(7737)

Sahne-Buttermilch, täglich frisch, a Pfd. 15 Pf. und 10 Pf. empfiehlt die Danfauer Meierei Holzmarkt Nr. 24, Eingang Breitgasse.  
(7737)

**Die Versicherung**  
von  
Bukarester 20 Francs-Loosen,  
Neuschäteler 10 Francs-Loosen,  
Schwedischen 10 Thaler-Loosen,  
Oldenburger 40 Thaler-Loosen  
deren nächste Ziehung  
am 1. Mai cr.  
stattfindet, übernehmen wir zu Berliner Prämienkäsen.  
**Meyer & Gelhorn,**  
Bank- und Wechsel-Geschäft.  
Langenmarkt Nr. 40.  
(7736)

Die im Jahre 1824 gegründete  
**Gesellschaft zu gegenseitiger Hagelschädenvergütung in Leipzig,**  
welche seit ihrem Bestehen 18 1/2 Millionen Mark für Schäden bezahlt hat, übernimmt Versicherungen auf Feldfrüchte aller Art mit oder ohne Stroh und leistet Ersatz bis zu „Ein Fünftel“ oder „Ein Achel“ Verlust. Im letzteren Falle gegen 20 % Prämien-Ermäßigung.  
Alle Mitglieder, auch Neubetreitende, welche innerhalb 6 Jahren von Hagel nicht betroffen worden sind, erhalten in 1. Klasse 24 %, in 2. Kl. 36 % und in 3. Klasse 48 % Prämien-Nabatt.  
Bezahlung der Schäden 4 Wochen nach Tage. Schäden-Regulierung unter Zuziehung von Bezirksdeputirten.  
Weitere Auskunft erteilt und Anträge vermittelt  
**Die General-Agentur zu Danzig Hermann Pape,**  
Vorstadt, Graben Nr. 40,  
sowie folgende Vertreter der Gesellschaft:

Verent, Kaufmann J. B. Caspari,  
Bischofsweber, Rentier A. S. Dons,  
Briesen, Bureau-Vorst. Rud. Jonas,  
Dirschau, Kaufmann Franz Kubit,  
Hlawka, Lehrer Steinfel,  
Kriegsdorf, Landwirth Rob. Porgau,  
Kriegsdorf, Cantor Pauli,  
Graden, Johannes Lang jr.,  
Königs, Rentier Franz v. Jigewitz,  
Königs, Kaufmann A. Harstodt,  
Königs, Kaufmann A. Harstodt,  
Lauenburg i./Vorm., Rentier Paul Stürmer,  
Lauenburg i./Westpr., Kaufmann B. Girsh,  
Lassen der Pöbau, Gutsbesitzer A. Zawadzki,  
Lupow i./Vorm., Rfm A. Rosenthal,  
Marienwerder, Deichw. D. Wundt,  
Mewe, Lehrer F. Kachel,  
Neuenburg, L. G. Schmied's Söhne,  
Neumark, Kaufmann F. Majewski,  
L. G. Gersfeld,  
Neustadt, Hotelbesitzer G. Wulstke,  
Dische, Kaufmann A. Seigall,  
Belpin, Lehrer Westphal,  
Bobgorz, Kaufmann Philipp Girsh,  
Bosilge, Zimmermeister Köstner,  
Kheba, Kaufleute Gebr. Baran,  
Kiesenburg, Kaufmann J. Pittmann,  
Kogowo, Lehrer F. Nick,  
Schlachau, Organist Walth. Graw,  
Schöndel, Kaufmann D. Herzberg,  
Schöndel, Kaufmann A. Piotrowski,  
Schwob, Fabrik-Supervisor Köhler,  
Steegers, Gutsbesitzer Ed. Rastig,  
Striblau, Gutsbesitzer und Lieutenant Neumann,  
Stolz i./P., Kaufmann Otto Sauer,  
Strasburg, „ Derm. Melzer,  
Stubna, „ G. Jork,  
Toborn, „ S. Kaniß,  
Waggenau, Lehrer Tentsell,  
Willenberg, Maurermeister Rud. Kling,  
Woglaw, Hofbesitzer Claassen,  
St. Javolen, Gutsbesitzer J. Schwanke,  
Bittow, Hauptlehrer F. Pierzinski.

**Feuerversicherungsbank f. D. zu Gotha.**  
Versicherungsbestand 1 350 235 200. — Dividende pr. 1886: 75 %.  
Neue Versicherungs-Anträge nimmt entgegen und erteilt jede gewünschte Auskunft  
Albert Fuhrmann,  
Agent der Feuerversicherungsbank f. D. zu Gotha.  
(7390)

**Wien Cigarren-, Cigaretten-, Tabak- und Wiener Lederwaren-Geschäft**  
befindet sich  
**Boggenpfehl Nr. 13.**  
Carl Hoppenrath.  
(7694)

**Bade-Anstalt**  
Vorstadt, Graben Nr. 34  
empfiehlt in gut geheizten Räumen  
Bannenbäder, Douchebäder, sowie Kurz- und Hausbäder.  
**Römische Bäder,**  
unübertroffen in der Anwendung gegen gichtische und rheumatische Leiden.  
Lairitz'sche Kiefernadel-Waldmoll-Fabrikate und Präparate.  
Georg Jantzen.  
(7661)

Mein reichsortirtes Lager in fertiger Wäsche jeder Art,  
**Specialität: Oberhemden,**  
Tricotagen, System Jäger,  
Taschentücher, Handtücher, Tischzeuge,  
Leinwand, in jeder Breite,  
empfehle zu billigen Preisen.

**Julius Dauter,**  
Große Schmachergasse 3, der Reichsbank gegenüber.

**M. A. Roggatz, Hof-Juwelier.**  
Gr. Bollwegergasse 12.  
Gr. Bollwegergasse 12.

Da am 1. Januar 1888 das neue Reichsgesetz in Kraft tritt, nach welchem die Angabe des Feingehaltes auf silbernen Geräthen nur in 800 oder mehr Tausendtheilen angegeben werden darf, stelle ich sämtliche am Lager befindlichen

**Silberwaaren,**  
welche den jetzigen Stempel 750 Silber (12 lötzig Silber) tragen, um möglichst damit zu räumen, zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen zum  
**Ausverkauf.**  
(6091)

**Pa. echten Werderkäse, fehlerfreie Graswaare,**  
empfiehlt  
**Joh. Wedhorn, Vorst. Graben 4/5.**

**Echt Holländ. Cacaopulver,**  
in 1/2- und 1/4-Pfd.-Büchsen, per 1/2-Pfd.-Büchse 1.50 M., 1/4-Pfd.-Büchse 0.80 M. empfi.  
Joh. Wedhorn, Vorst. Graben 4/5.

**Hochelegante Stoffe**  
zu Sommerpaletots und ganzen Anzügen  
in über 500 prachtvollen Dessins  
empfehlen in einzelnen Metern zu Engrospreisen  
bedeutend billiger als in jedem Detailgeschäft  
**Riess & Reimann,**  
Tuchwaarenhaus, Seil. Geisgasse 20.  
Musterkarten zur Verfügung.  
**Hermann Thomas,**  
in Thorn,  
Hoflieferant Sr. Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen.  
(7735)

Dem hochgeehrten Publikum von Danzig und Umgegend die ergebene Anzeige, daß Herr J. G. Amort Nachfolger, Hermann Lepp in Danzig, Langgasse 4, nicht nur, wie bisher, einzelne Sorten meiner Sonigluchen, sondern von jetzt ab ein vollständig assortirtes Lager meiner  
**anerkannt besten, nur aus reinem Sonig hergestellten Fabrikate führt.**  
Auf obige Annonce höflichst Bezug nehmend, theile ich hierdurch ergehenst mit, daß ich, um den häufigen Wünschen meiner werthen Kundschaft nachzukommen, mich veranlaßt fühle  
**Thorner Honigkuchen**  
von  
**Hermann Thomas in Thorn,**  
Hoflieferant Sr. Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen, zum Verkauf zu bringen.  
Den Restbestand der Beech'schen Honigkuchen stelle ich hiermit zum Ausverkauf.  
(7742)

Hiermit erlauben wir uns die ergebene Mittheilung zu machen, daß wir zur Bequemlichkeit des verehrten Publikums am heutigen Tage neben unserem Fabrik-Comtoir Neugarten Nr. 31, in dem Hause  
**Hundegasse 33**  
ein zweites Comtoir nebst Niederlage eröffnet haben, in welchem Bestellungen entgegengenommen und nöthigenfalls sofort effectuirt werden.  
Indem wir unsere verehrten Geschäftsfreunde zur möglichsten Ausnutzung dieser neuen Einrichtung einladen, bringen wir zugleich beim Beginn der Frühjahrs-Saison unsere stets in reichlicher Füllung vorräthig gehaltenen Kurdrucken, sowie Selterser und Sodawasser und Limonade gazeuse, Badesalze u. zur geneigten Benutzung in Erinnerung.  
Den Tag der Eröffnung unserer Trint-Anstalt werden wir noch besonders bekannt machen.  
Danzig, den 25. April 1887.  
Hochachtungsvoll  
**Dr. Schuster & Kaehler.**  
(7639)

**Ausverkauf**  
von Schuhwaaren eigener Fabrikation  
für  
Herren, Damen und Kinder.  
Um Platz zu gewinnen und mit dem zum Ausverkauf gestellten Theil meines großen Lagers zu räumen, habe ich die Preise  
**ganz bedeutend ermäßigt.**  
Sämtliche Neuheiten der Frühjahrs-Saison  
empfehle in größter Auswahl zu billigen Preisen  
Bestellungen nach Maas unter meiner persönlichen Leitung.  
Reparatur-Verstatt im Hause.  
(7751)  
**Fr. Kaiser, Jopengasse 20, 1. Et.**

**Gr. Ausverkauf.**  
Das aus der  
**Michaelis & Deutschland'schen Concursmasse**  
übernommene  
**Schirm-Lager**  
soll zu Tagespreisen schleunigst ausverkauft werden.  
Diesjährige Neuheiten in Sonnenschirmen sind in großer Auswahl vorhanden.  
Reparaturen sowie Bezüge werden angenommen und schnellstens ausgeführt.  
Für Wiederverkäufer günstige Gelegenheit.  
Der Verkauf findet nur  
**11, Langebrücke 11,**  
zwischen dem Frauen- und Brodbäckerthor statt, nicht mehr getheilt mit der Langgasse Filiale.  
NB. Das Ladenlokal ist zu vermieten.  
(6801)

**Parfümerien**  
und  
**Toilette-Seifen**  
in gangbaren Mustern und allen Preislagen empfiehlt  
**Hermann Lindenberg,**  
Droguerie — Parfümerie  
Gelbe und blaue Lupinen, Wicken, Beluschnen, weißen Senf, blauen Mohr, silbergrauen Buchweizen, Dotter, neuen Pferdehahn-Mais, Serabella, Thymothee, sowie sämtliche Klee- u. Gras-Saaten empfehle ich in vorzüglichen Qualitäten billigt.  
**Julius Itzig.**

**Butter-Abonnement.**  
Zur besondern Bequemlichkeit meiner verehrten Kundschaft habe ich ein Abonnement bei 1/4 jährlicher resp. monatlicher Regulierung auf meine Butter eingerichtet und bitte ich von dieser neuen Einrichtung Gebrauch zu machen, mit dem Bemerkten, daß ich den Abonnenten die Butter frei ins Haus schicke.  
(7750)  
**Richard Migge, Butter-Händler, Breitgasse Nr. 29.**  
**Federn**  
werden schnell gewaschen, in allen hellen Farben gefärbt. Alte Federn werden gereinigt, reparirt, franz. feinst und wie neu hergestellt. Für Bürgschaften zu en-gros Preisen.  
(7714)  
**Geschw. Hess, 2. Damm 5.**  
**Grads**  
zu Festlichkeiten werden stets verliehen  
Breitgasse 36 bei J. Baumann. (7693)

Hypotheken-Capitalien auf größere ländliche Grundstücke zu 4 % hat zu begeben.  
Albert Fuhrmann.  
Suche von jetzt oder 1. October eine Restauration oder Stadtlokal zu pachten.  
Adressen unter Nr. 7657 in der Exped. d. Btg. erbeten.

**Pianinos**  
sind zu verm. Seil. Geisgasse 22. II.  
**Piano**  
neu, hochfein, 480 Mark  
Dundegasse 103, I.  
(7622)

**Eine junge gebild. Dame,**  
die einen Haushalt selbstständig zu leiten im Stande, per sogleich als Stütze der Hausfrau gesucht.  
Selbstgeschriebene Offerten u. Zeugnisse unter Nr. 7716 in der Exped. d. Btg. erbeten.

**Hilfsbeamter** für ein Versicherungs-Bureau gegen Diäten gesucht, gewandt in Schrift und Rechnen, wozüglich auch in Buchhaltung. Schriftliche Offerten mit Angaben über Personalität und Vorbildung an die Expedition dieser Zeitung unter Nr. 7743.

Eine perfekte Köchin wird für ein feines Restaurant nach auswärts gesucht. Meldungen sowie Abschriften der Zeugnisse sind an Frau Marie Lurnd, Danzig, grüner Weg Nr. 5 zu richten.  
(7710)  
1 ganz perf. Stubenmädchen a. Dhr., tücht. Lademädchen f. Material- u. Schankgesch., anst. Büffettmahl. nach außerh. Wirthsh. f. Stadt u. Land u. kräft. Mädchen f. Alles empf. das Bureau Seil. Geisgasse 27.  
(7733)

Ein ordentliches Mädchen bittet um eine Aufwartestelle. Zu erfragen Katergasse 12 b 1 Tr.  
(7739)

Eine gebild., musik. f. Dame sucht u. beschied. Anspr. v. Hof. od. 1. Mai Stelle als Gesellschafterin od. Stütze d. Hausfrau. Erwünscht wäre nach außerh. d. Dr. u. 7517 a d. Exp. d. Btg. erb.

Auf einem Gute, 1/4 Stunde von der Bahn, nahe Laubs- und Fichtenwald, werden 1-2 Pensionäre für den Sommer gesucht. Geräumige große Wohnung und auf Wunsch Familienanschluss.  
Adressen unter Nr. 7690 in der Expedition dieser Zeitung erbeten.  
2. Damm Nr. 5 ist die 1. Etage von 3 Stuben, zum Comtoir oder feinen Geschäft geeignet, zum October d. J. zu verm. Näheres daselbst.

**Vorläufige Anzeige!**  
Einem hochgeehrten Publikum der Stadt Danzig u. Umgegend zur gefl. Nachricht, daß der weltberühmte, russische Hof-Prekidiator u. Spiritist Prof. **Epstein**  
hier eintrifft und im Hotel du Nord nur drei Gals-Soireen am 1., 2. u. 3. Mai geben wird. — Das äußerst reichhaltige Repertoire enthält alle erdenklichen Novitäten im Gebiete der höheren Salon-Magie u. Spiritismus. Alles Nähere die späteren Annoncen u. Placate. Hochachtungsvoll  
(7416) Der Geschäftsführer.

**Kaffeehaus zur halben Allee.**  
Jeden Dienstag:  
**CONCERT**  
unter persönlicher Leitung des Kapellmeisters Herrn Theil.  
Anfang 4 Uhr. Entree frei.  
(7735) J. Kochanski.  
NB. Bei günst. Witterung im Garten.

**Danziger Stadttheater.**  
Dienstag, den 26. April. Benefiz für Carl Werber. Am Altar. Schauspiel in 5 Acten nach Werner's gleichnamiger Erzählung, bearbeitet von Carl Anders. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Danksagung.**  
Dem Herrn Prediger Vertling für die so trostreiche Grabrede, den Herren Kameraden der Kriegervereine, Mitglieder des Militärvereins, den Herren Sängern und allen denen, die meinem verstorbenen Manne die letzte Ehre durch ihr Geleit erwiesen haben, sowie für die reiche Blumenpracht, spreche ich hierdurch meinen tiefgefühltesten Dank aus.  
(7729)  
Langfuhr, den 25. April 1887.  
Malwine Baumann, geb. Brose.  
Güter und industrielle Etablissements zu jetzigen Preisen, weißt nach  
**Emil Salomon,**  
Commissions-Geschäft für Grundbesitz Danzig, Ankerstr. 16/17.  
Druck und Verlag v. A. W. Rasemann in Danzig.  
Hierzu eine Beilage.



# Beilage zu Nr. 16423 der Danziger Zeitung.

Montag, 25. April 1887.

## Abgeordnetenhaus.

39. Sitzung vom 23. April.

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Feststellung der Leistungen für Volksschulen. Die Debatte beginnt mit § 2, den die Commission in zwei Theile zerlegt hat.

§ 2 lautet: „Werden von den Schulaufsichtsbehörden für eine Volksschule Anforderungen gestellt, welche durch neue oder erhöhte Leistungen der zur Unterhaltung der Schule Verpflichteten zu gewähren sind, so wird in Ermangelung des Einverständnisses der Verpflichteten die zu gewährende Anforderung, soweit solche innerhalb der gesetzlichen Zuständigkeit nach dem Ermessen der Verwaltungsbehörden zu bestimmen ist, bei Landtschulen durch Beschluß des Kreisausschusses, bei Stadtschulen durch Beschluß des Bezirksausschusses, insbesondere mit Rücksicht auf das Bedürfnis der Schule und auf die Leistungsfähigkeit der Verpflichteten, festgestellt. Dabei entscheidet über die Frage des Einverständnisses in Betreff Aller, welche als Mitglieder einer Gemeinde oder eines Schulverbandes (einer Schulgemeinde, Schulsocietät, Schulcommune u.) unterhaltungsspflichtig sind, der versammlungsmäßige Beschluß der Gemeinde oder des Schulverbandes, beziehungsweise der Beschluß ihrer versammlungsmäßigen Vertretungen.“

§ 2a lautet: „Die Einleitung des Beschlußverfahrens erfolgt auf Antrag der Schulaufsichtsbehörde. Gegen die Beschlüsse des Kreisausschusses bzw. Bezirksausschusses ist binnen einer Frist von zwei Wochen nur die Beschwerde an den Provinzialrath zulässig. Die zuständige Behörde kann zur Vervollständigung der Beschwerde eine angemessene Nachfrist gewähren. Die Beschwerde hat aufhebende Wirkung. Die Vorschrift des zweiten Absatzes findet auf die hohenzollernschen Lande keine Anwendung. Die Beschlussfassung des Bezirksausschusses in den hohenzollernschen Landen bezüglich der Stadtschulen ist endgültig.“

In Verbindung damit wird folgender Antrag der Abg. Virchow und Zelle beraten: 1. Den Gesetzentwurf an die Commission für ernannte Beratung zurückzuverweisen;

2. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages im § 2 Absatz 1 der Commissionssassung an Stelle der Worte: „insbesondere mit Rücksicht auf das Bedürfnis der Schule und auf die Leistungsfähigkeit der Verpflichteten“ zu setzen: „unter Beobachtung der allgemeinen Verfügung über Einrichtung, Aufgabe und Ziel der preussischen Volksschule vom 15. October 1872.“

Abg. Zelle (freis.): Preußen hat die beste Schule, aber die schlechteste Schulgesetzgebung, weil finanzielle Erwägungen immer den Erlaß eines Unterrichtsgesetzes, welches die Verfassung versprochen hat, in den Hintergrund gedrängt haben. Abgesehen von dürftigen provinzialen Reglements, haben wir lediglich einige Paragraphen des Landrechts. Aus diesen dürftigen Regeln hat unsere Bureaucratie eine Praxis gestaltet, vor deren Thatkraft ich mich tief verbeuge. Was soll aber nun geschehen? Es soll aus den Händen der Regierungsräthe die weitere Regelung der Volksschulleistungen in die der Kreisausschüsse und Bezirksausschüsse gelegt werden. Nun werden sich die Kreisausschüsse fragen: was haben wir mit der Sache zu thun? Dann wird ihnen der Landrath aus dem Bericht folgende Erklärung des Regierungskommissars vorlesen: Zweck der Vorlage sei, die Schulaufsichtsbehörde von dem Odium zu be-

freien, welches ihren bisherigen selbständigen Anordnungen anhaftet habe. Dann wird der Kreisausschuß sagen: wir sind kein Prügelnabe und bedanken uns, mit der Sache etwas zu thun zu haben. Redner legt dann im Einzelnen dar, wie in der Vorlage die Rechte der Selbstverwaltungsbehörden gegenüber den Anforderungen der Schulaufsichtsbehörden nicht genau begrenzt, nicht deutlich genug festgestellt seien. Auch die eigenen Erklärungen, welche die Regierung in der Commission abgegeben habe und welche ja hier in dem Commissionsbericht niedergelegt seien, machten die Sache nicht deutlicher, denn diese Erklärungen ständen untereinander im Widerspruch. Und diese Widersprüche aufzuklären, Arbeit über die Tragweite dessen zu schaffen, was in der Vorlage eigentlich gemollt werde, welche Rechte den Selbstverwaltungsorganen, und in welcher Begrenzung, gewährt werden sollen, sei doch durchaus erforderlich. Im Plenum sei das nicht möglich, dazu sei nochmalige Beratung in der Commission erforderlich, um die er bitte.

Abg. Hansen erklärt im Namen der Freiconservativen, daß sie für das Gesetz mit dem Amendement der Nationalliberalen, welches seine Zeitdauer beschränkt, stimmen würden. Trotz mancher Bedenken erkennen sie an, daß die Vorlage einem wirklichen Bedürfnis abhelfe. Der zweite Antrag der Freisinnigen sei unannehmbar, weil er durch eine Hintertür die Fall'schen Grundsätze einführe.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (cons., bei keiner Fraction) erklärt sich gegen die Vorlage. So lange die bestehenden Bestimmungen über die materiellen Leistungen für die Volksschule so schwankender Natur seien, wie das in Wirklichkeit der Fall sei, sei es besser, die Entscheidungen über die Volksschulleistungen der bewährten Bureaucratie zu belassen, als den Selbstverwaltungskörpern. Er wisse gar nicht, weshalb der Cultusminister das Odium, die Verantwortung, los werden wolle. Es mag ja sein, daß in manchen Fällen die Entscheidung eines hämorrhoidalen Regierungsraths einem berechtigten Widerspruch begegnet. In der Hauptsache aber wurden die Sachen mit großem Wohlwollen behandelt, und es ist mir unerfindlich, wie sie der Minister abgeben kann. Wollen Sie aber das Gesetz annehmen, dann müssen Sie wenigstens die materiellen Bestimmungen über die Schuldotation feststellen. Die formelle Ueberweisung einer so schwierigen Materie allein führt meines Erachtens zur reinen Willkür. (Sehr richtig! links.) Eine untere Instanz sollte nur entscheiden nach bestehenden Vorschriften. Die Vorlage überläßt die willkürliche Entscheidung Leuten, die doch in den meisten Fällen ein nahe Interesse an der Sache haben. Die Bauern sind alle sehr geizig, sie werden sich hüten, ihren Genossen neue Lasten aufzulegen, namentlich, wenn dazu noch eine gewisse Animosität gegen die Lehrer hinzukommt. Dazu kommt, daß diese ganze Organisation einen neuen Instanzenzug wieder in die Welt setzt. Natural-, Gehalts- und Baufragen werden meist combinirt erscheinen. Nur die Baufragen bleiben bei dem bisherigen Instanzenzug. In Bezug auf die anderen Fragen soll der neue Instanzenzug entscheiden. Besser wäre es gewesen, die ganze Sache aufzuschieben bis zu dem Erlaß eines Schuldotationsgesetzes. (Beifall.)

Abg. v. Tiedemann-Labichin (freicons.) erklärt sich für die Vorlage. Es sei nur natürlich, daß die Schulaufsichtsbehörden zuweilen etwas zu eifrig vorgehen und auf die Leistungsfähigkeit der Interessenten zu wenig

Rücksicht nehmen. Dagegen einen kleinen Damm zu machen, sei ganz gut.

Abg. Friedberg (nat.-l.) erklärt namens seiner Partei, daß dieselbe der Vorlage freundlich gegenübersteht. Trotzdem begt sie einige Bedenken gegen die Vorlage, namentlich insoweit, als die Selbstverwaltung an sich eigentlich nicht als zuständig für das Gebiet des Volksschulwesens gelten kann. Ferner sind die Kreisausschüsse nicht gerade geeignet, ein Odium auf sich zu nehmen, welches sogar die Regierung von sich abwälzen will. Sodann aber erscheint gerade ein solches Gesetz, wie die Vorlage, geeignet, das allseitig gewünschte Schuldotationsgesetz zu verschleppen. (Sehr richtig! links.) Angesichts all dieser schweren Bedenken ist es doch vielleicht ein gefährliches Experiment, mit dem bisherigen System zu brechen und die Volksschulen an die Selbstverwaltung auszuliefern. Deshalb empfiehlt sich, die Gültigkeit der Vorlage zu beschränken auf 5 Jahre, um Erfahrungen zu sammeln. Er bittet daher um Annahme der Vorlage, einschließlich seines Antrages.

Abg. v. Ranschhaupt (cons.): Es ist mir unverständlich, wie von liberaler Seite diesem Gesetz Opposition gemacht werden kann. Wenn Sie in die eigenen städtischen Verhältnisse hineinsteigen, in denen die Selbstverwaltungsorgane das Schulwesen zu so hoher Blüthe gebracht haben, so müßten Sie doch das äußerste Interesse haben, ein gleiches Verfahren auch auf dem Lande einzuführen, wo das Schulwesen durch bürokratischen Druck bisher verflümmert ist. Die Kreisausschüsse, sagt man, würden nicht in der Lage sein, das Odium auf sich zu nehmen. Dann verkennt man aber das Interesse, das die Väter an der Erziehung ihrer Kinder und der Entwicklung des Schulwesens haben. Diese ganze Frage wird von der Linken ganz unnötig aufgewischt. Die Bedürfnisfrage wird von den den lokalen Verhältnissen nahestehenden Männern viel besser beurtheilt, als vom Schulrath. Wenn die Herren links nochmalige Verweisung an die Commission beantragen, so wollen sie damit nur das Zustandekommen der Vorlage verhindern. Sie offen zu verkennen, dazu hat die Linke aus Scheu vor ihren ländlichen Wählern nicht den Muth. Auch der nationalliberale Antrag bedeutet nur eine versteckte Ablehnung. Im Interesse der Gemeinden liegt offenbar diese Vorlage. Gegenwärtig wird aus den Gemeinden der letzte Pfennig durch die Behörden herausgedrückt.

Abg. Hobrecht (nat.-l.) Mir ist noch viel unverständlicher, was den Vorredner veranlassen kann, in die ganz ruhige Besprechung dieser gewiß sehr schwierigen Materie einen leidenschaftlichen Fraktionsstreit hineinzuschieben. Allgemein ist anerkannt worden, daß ein dringendes Bedürfnis zur Regelung der Materie vorliegt. Aber wir haben lebhaftes Bedenken gegen die vorgeschlagene Gestaltung der Sache. Die Schulkasse ist elastischer als irgend eine andere; es liegt hier ein großer Spielraum zwischen einer nothwendig guten und einer genügenden Erfüllung der Pflichten. Auch ist bei keiner anderen Last die Art der Aufbringung so verschieben. Ferner sind in Folge der Leitung von einer Centralstelle aus die Ansprüche durch den ganzen Staat gleich gestellt, während doch die Leistungsfähigkeit der einzelnen Landesbeile verschieden ist. Alle die sich hieraus ergebenden Härten werden dazu doppelt stark empfunden, weil sie nicht als Consequenz eines Gesetzes, sondern als Ausfluß eines willkürlichen Ermessens der Verwaltungsbehörde erscheinen. Ueberraschend ist nun die Art, wie Abhilfe gesucht wird. In allen genannten Zuständen

wird nicht ein Jota geändert; die Ansprüche des Staates sind in keiner Weise modificirt; es ist kein Versuch gemacht, eine Grenze zu ziehen, wie weit die Gemeinden zur Schulkasse herangezogen werden können. Nach dem Vorredner erscheint das Gesetz wie ein Ausnahmengesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Regierungsschulräthe sein. (Weiterkeit.) Das ist freilich nicht die Absicht des Gesetzes gewesen; dadurch sollte nur, da eine ordentliche Regelung der ganzen Materie im Bälde nicht zu erwarten ist, ein Theil des Druckes beseitigt werden. Daran wollen wir mitwirken. Aber wir wollen auch nicht vergessen, daß, wie auch von Seiten des Ministerpräsidenten anerkannt worden ist, es sich nur um ein Provisorium handelt. Es wäre eine grenzenlose Gefahr, wenn dadurch im mindesten der Erlaß des Dotationsgesetzes verzögert würde. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich, die Geltung des Gesetzes auf eine bestimmte Frist festzusetzen.

Minister v. Götler: Es herrscht Uebereinstimmung darüber, daß Vorkehrungen getroffen werden müßten im Sinne der Vorlage. Auch der Antrag Virchow-Zelle erkennt an, daß unter Einhaltung wenigstens gewisser allgemeiner Vorschriften über das Minimum, welches die Volksschule zu leisten habe, der Selbstverwaltung eine Einflusnahme auf die Schulverwaltung gewährt werden könne. Ob die Vorlage das Richtige trifft, kann zweifelhaft sein. Der Gedankengang, der die Regierung geleitet hat, ist der, daß die Regierung, wenn sie mit neuen Anforderungen an die Gemeinden herantritt, auch sicher ist, daß die Unterhaltungspflichtigen diesen neuen Anforderungen nachzukommen auch in der Lage sind. Jedenfalls ist die ganze Vorlage ein Versuch, von dem zu hoffen, daß er glücken werde. Die Fristbestimmung, die von national-liberaler Seite beantragt ist, ist unnötig, denn mit dem vorliegenden Gesetze müssen wir in absehbarer Zeit zu einem Schuldotationsgesetze kommen. Auch gegen die von dem Abg. Virchow eventuell beantragte Einschränkung erklärt sich der Minister; es sei immer bedenklich, eine abänderungsfähige Ministerialordnung zu einem Theilstück eines Gesetzes zu machen.

Abg. Brühl (Posit. d. Centr.) spricht für Vorlage der Commission und bittet den nationalliberalen Antrag abzulehnen.

Die Zurückverweisung des G.-G. an eine Commission wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und eines großen Theils der Nationalliberalen und der Coentualantrag Virchow gegen die Stimmen der Freisinnigen abgelehnt; § 2 unverändert nach der Commission angenommen, ebenso § 2a ohne Debatte, desgleichen § 3, welcher den Geltungsbereich des Gesetzes bestimmt.

Nach § 3a soll das Gesetz auf Schulbaukosten keine Anwendung finden, vielmehr das Zuständigkeitsgesetz von 1883 seine Gültigkeit behalten.

Abg. Rickert: Ich habe sehr bedauert, daß die Majorität trotz der frühen Stunde die Debatte über den wichtigen § 2 durch Schluß abschneidet. Ich bitte, mir jetzt wenigstens durch meinen Antrag die Gelegenheit zu einigen Ausführungen über das Gesetz zu geben. Ich bin in der glücklichen Lage, mit dem Abg. v. Meyer-Arnswalde in Bezug auf den Begriff der Selbstverwaltung übereinzustimmen, daß er beinahe wörtlich dasselbe gesagt hat, was ich sagen wollte. Da ich in letzter Zeit, seitdem er die freihändlerischen Bahnen verlassen hat, seltener mit ihm übereinstimmt habe, freut mich das um so mehr. Daß das Gesetz von nachtheiligem Einfluß auf die Volksschule sein wird, darüber herrscht



Uebereinstimmung. Auch der Cultusminister hat sich gewissermaßen nur aus Pessimismus für das Gesetz erklärt. Er sagte: an der Hand dieser Novelle werden wir das Unterrichtsgesetz bald bekommen; das heißt doch wohl nichts anderes, als: die Zustände werden so unhaltbar werden, daß er nicht daran zweifelt, daß er dann das Unterrichtsgesetz durchbringen werde. Ich glaube, manchen Herren werden die Zustände so bebaglich sein, daß sie Aenderungen gar nicht werden haben wollen. Daher möchte ich die Lehrer wenigstens ausgenommen wissen von dem Gesetz. Das ist nicht Widerwille gegen die Selbstverwaltung, Herr v. Rauchaup hat uns das vor, auch nicht Mißtrauen gegen deren Organe. Auch daß Sie den Kreisaußschuß über die Regierung setzen, gerührt mich nicht. Aber Selbstverwaltung ist nicht Willkür, nicht Entscheidung nach ganz beliebigem freien Ermessen, sondern Verwaltung innerhalb bestimmter, durch Gesetz für den ganzen Staat erlassenen Vorschriften. Sie etablieren aber hier die Willkür für die einzelnen Bezirke. Das Gesetz kann allerdings in einzelnen Bezirken nicht so schädlich wirken, wie in Nassau z. B., wo bereits solche gesetzliche Normen vorhanden, und in den westlichen Provinzen. Den Hauptschaden wird das Gesetz dem Osten, den Kreisaußschuß-Provinzen zufügen. Der Abg. Rauchaup fragt uns: wie, Sie wollen dem Minister gegen seinen Willen Rechte bewahren und die Thätigkeit der dienstbereifigen Schulräthe, wie sie ein Regierungspräsident hier geschilbert hat, unangestastet lassen? Keineswegs. Freilich, gewundert hat es mich aufs äußerste, daß der Cultusminister dieser Schilderung nicht entgegengetreten ist. Nun frage ich Sie: sind das nicht ganz wunderbare Zustände. Der Minister, diese preussische Regierung, die allen ihren Beamten Gefügigkeit und Gehorsam beigebracht hat, verzweifelt daran den Schulräthen gegenüber. Der Minister glaubt sich dieser Aufgabe nicht mehr gewachsen und ruft die Kreisaußschüsse gegen die Schulräthe zu Hilfe. Auf anderen Gebieten haben Sie viel mehr Courage bewiesen als auf diesem. Was mag den Cultusministern dazu bewogen haben, dieses Gesetz einzubringen? Ich glaube, diesmal ist ihm die Klink der Gesetzgebung von anderer Seite in die Hand gedrückt worden, er war der leidende Theil. Daß die technische Unterrichtsverwaltung an diesem Gesetz eine Freude haben kann, wo gar keine normativen Bestimmungen bestehen, kann ich mir nicht denken. Das Gesetz wird schlimm einwirken auf die Schule und ihre Leistungsfähigkeit, auf die Lage der Lehrer. Daher wollte ich mit meinem Antrage versuchen zu retten, was noch zu retten ist. Sie (rechts) sagen, das Gesetz bringt mit Nothwendigkeit das allgemeine Schuldotationsgesetz. Ich bestreite das, im Gegentheil: es verschiebt es in weite Ferne. Sind Sie wirklich so hoffnungsfelig? Klopfen Sie einmal an die Thür des Reichstages, wo allein im Nachtragsetat 320 Millionen für militärische Zwecke verlangt werden, denken Sie an die Denkschrift über die Marine-Entwicklung! Das alles wird so bedeutend finanzielle Mittel verlangen, daß die Reichssteuerschraube nur für Zwecke des Reiches in Anspruch genommen werden wird. In Preußen ist die Steuerreform vertagt. Der Cultusminister wird vom Finanzminister nicht das bekommen, was er braucht. Dies Gesetz wird mehr wie ein anderes dazu beitragen, um das, was für die Volksschule nöthig ist, weit hinauszuschieben. Wo sind die stolzen Worte der Denkschrift des Cultusministers vom Jahre 1880, in denen erklärt wurde, daß die Unterrichtsverwaltung die bisherigen Bahnen nicht verlassen und ihre Ansprüche nicht herabstimmen werde. Jetzt hat sich der Cultusminister gefügt. Hr. v. Rauchaup sagt, wir hätten kein Herz für die Gemeinden, wir wollten sie drücken, bis kein Tropfen mehr herauskommt. Die Forderungen der Schule sind aber doch verhältnißmäßig unerheblich gegen die ungeheueren Lasten auf anderen Gebieten. (Lärm rechts.) Ich wünschte, daß die Herren mit derselben Energie dem Cultusminister zur Seite ständen, wie sie den Kriegsminister unterstützen. Beides muß geschehen. Deutschland muß

gestärkt sein in Bezug auf seine Wehrhaftigkeit. (Sehr wahr! rechts.) Es kann aber auch die geistigen Waffen nicht entbehren, die ihm die Schule liefert, (Sehr richtig! links), und ich glaube, daß dieses Gesetz ein Schritt herunter ist auf der Bahn, auf der Preußen bisher vorangeleuchtet hat. Das Gesetz, so klein und unscheinbar es auftritt, wird in seinen Folgen sehr schwer wiegen. Ich möchte Sie bitten, daß Sie wenigstens einzelne Bestimmungen noch hineinbringen. Wenigstens die Gehaltsfrage der Lehrer möchte ich ausgenommen wissen. Nachdem der Cultusminister die Interpretation adoptirt, die der Ministerpräsident im Herrenhause gegeben hat, ist alles völlig klar. Die Entscheidung über die Bedürfnisfrage und über die Leistungsfähigkeit ist völlig frei ohne irgend welche gesetzliche Grenzen und Normen in die Hände der Selbstverwaltungsorgane gegeben. Ich werde daher gegen das Gesetz stimmen. (Beifall links.)

Minister v. Götler: Es ist unrichtig, daß ich mich so pessimistisch geäußert, wie der Vorredner annimmt; auch habe ich in keiner Weise einer Verzweiflung Ausdruck gegeben, den Eifer der Schulräthe zu bändigen. Ein Großes ist mit Ihren Beschlüssen zum § 2 erreicht: was bisher für das Volksschulwesen gethan ist, wird gesetzlich stabilirt, wird als zu Recht bestehend betrachtet. Ich weise auch gar nicht, daß die Lehrer in diesen Worten eine gewisse Beruhigung finden werden, denn die große Vermehrung ihrer Einkünfte in den 70er Jahren ist ihnen nunmehr gesichert, sie können in ihren Bezügen durch administratives Herabdrücken des Durchschnitts oder Maximalbetrags nicht mehr vermindert werden. Ich halte an der Ueberzeugung fest, daß, wenn später die Gehaltsverhältnisse der Lehrer nicht mehr als entsprechend erscheinen, Regierung, Landesvertretung und Selbstverwaltungskörper auch weiter entgegenkommen.

Abg. v. Rauchaup: Ebenso wie der Staat den Selbstverwaltungsbehörden die Polizei, die communale Aufsicht u. übertragen hat, kann er ihnen auch die Schul-sachen übertragen, die die Interessenten viel näher angehen. Das Bedenken des Hrn. Ridert wegen der Lehrergehälter ist nicht stichhaltig, denn die Regierung behält nach wie vor das Recht, die Normalgehälter der Lehrer festzustellen (Widerspruch links), es kommt immer nur darauf an, ob die einzelnen Gemeinden das volle Gehalt bezahlen können, oder einen Zuschuß erhalten können.

Abg. Guncernus (n. l.): Ich befürchte mit dem Abg. Ridert eine Gefährdung der Volksschule. Deshalb wünsche ich eine Beschränkung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes, die um so nothwendiger ist, als sonst die Ueberhebung des Gesetzes leicht an dem Widerstand des Herrenhauses scheitern könnte. Ein Lichtblick war die Aeußerung des Ministers, daß das Gesetz einen Strich unter die Vergangenheit mache; daß es sich in Zukunft nur um Erhöhungen, nicht mehr um Ermäßigungen handeln könne. Das steht im Gesetz nicht; wenn es darin stünde, könnte ich mich mit dem Gesetz allenfalls befreunden. Vielleicht kann man das in der dritten Lesung noch hineinschieben. Zweifelhast ist mir, ob die Bestimmungen über die Normalgehälter der Lehrer noch gelten und ob neue Ministerialverordnungen überhaupt erlassen werden können. Deshalb möchte ich dem Antrage Ridert zustimmen.

Abg. v. Schorlemer (Centr.) erklärt sich für die Vorlage und gegen den Antrag Ridert, wie gegen den der Nationalliberalen.

Abg. Vangerhaus (freis.): Von 4300000 Kindern besuchen noch über 2 Millionen ungenügend ausgestattete Schulen; die über das Erreichte seitens des Ministers kundgegebene Zufriedenheit bedarf also sehr der Einschränkung. Auf der anderen Seite wird bei dieser Sachlage den Selbstverwaltungsorganen eine kolossale Arbeit aufgebürdet. Wird die Vorlage Gesetz, dann werden die Kreisaußschüsse vor allem in jedem neuen Falle einen Staatszuschuß zu erreichen streben, und schon die hieraus sich ergebenden Eiferfuchtelen werden einen gedeihlichen Erfolg des Gesetzes hindern. Die Selbstver-

waltungsorgane verstehen von den Schulsachen gar nichts (Widerspruch rechts); ihnen ziehen wir nach wie vor die unparteiische Prüfung aller Einzelfälle durch eine auf dem Gebiete des Schulwesens seit lange erprobte Regierung vor.

Abg. v. Pilgrim wird für das Gesetz stimmen, aber mit der Modification einer Zeitbeschränkung in der Weise des Antrags Friedberg.

Abg. Ridert: Hrn. v. Schorlemer erkläre ich: es scheint nicht bloß so, als ob ich gegen dieses Gesetz bin, sondern ich bin dagegen in der vorliegenden Form, nicht etwa, weil ich nicht wollte, daß die Schule den Selbstverwaltungsorganen überlassen wird. Sie sollen nur nicht eher damit betraut werden, ehe der Staat sich nicht versichert hat, daß die Schulen gewissen allgemeinen Bestimmungen unterworfen werden. Diese Norm in das Gesetz hineinzubringen, bin ich bereit, dann können wir getrost den Selbstverwaltungsorganen die Entscheidung überlassen. Der Herr Minister hat sich persönlich durch mich angegriffen gefühlt. Das ist meine Absicht entschieden nicht gewesen. Ich habe sehr sympathisirt mit ihm gerade in der Lage, in der er sich befindet, und meine Aeußerungen möge er lediglich auf das Conto des lebhaften Interesses für sein Ressort legen. Uebrigens glaube ich nicht, daß die günstige Interpretation, nach welcher dieses Gesetz das bisher Errungene unantastbar feststellt, zutrifft. Ich theile in dieser Beziehung die Meinung des Abg. Guncernus. Herrn v. Rauchaup muß ich entgegnen, daß ich nicht gesagt habe, diejenigen, welche das Gesetz beschließen, drücken mit Bewußtsein und Absicht die Schule herunter; ich habe nur gemeint, daß das die Wirkung dieses Gesetzes sein würde. Wenn die Herren die Absicht hätten, das wäre noch toller Heiterkeit. Herr v. Rauchaup sagte dann, mein Antrag wäre überflüssig, die Befugnisse des Ministers in Bezug auf die Festsetzung der Lehrergehälter blieben unverändert. Ist auch der Herr Minister der Meinung, daß seine Befugnisse durch das Gesetz unberührt seien? Gewiß nicht! Die Unklarheit wird immer größer und ich möchte nochmals beantragen, das Gesetz an die Commission zurückzuerweisen, um die Differenzen klar zu legen.

Der Antrag Ridert wird abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und der meisten Nationalliberalen; § 3a gelangt unverändert zur Annahme, ebenso §§ 4 und 5.

Der Antrag der Nationalliberalen, das Gesetz nur bis zum 1. Juli 1892 gelten zu lassen, wird darauf gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Freisinnigen und des größeren Theiles der Freiconservativen mit 149 gegen 101 Stimmen abgelehnt.

Die Vorlage ist also unverändert nach den Commissionsbeschüssen angenommen; sie muß noch einmal an das Herrenhaus zurück.

Nächste Sitzung: Montag.

## Produktenmärkte.

Wien, 23. April. [Wochenbericht von Portatius und Grothe.] Spiritus wurde während der ganzen Woche gut beachtet und konnte die am Montag erzielte Abnahme von 1/2 M. bis gestern behaupten, da die Zufuhren nicht belangreich waren und ein Theil derselben zu Reputationszwecken gelagert wurde. Termine setzten fest und höher ein, entferntere Sichten konnten die Besserung nicht bis zum Schluss behaupten, während nahe Termine ca. 1/4 M. gebessert schließen. — Der Frühjahrstermin hat am 31. März begonnen und endigt am 25. Mai. — Zugeliefert wurden vom 16. bis 22. April 180 000 Liter, gekündigt 30 000 Liter. Bezahlt wurde loco 41 M. und Gd., April 40 1/2, 41, 40 3/4 M. Gd., Frühjahr 40 1/2, 41, 40 3/4 M. nad Gd., Mai-Juni 41, 41 1/4, 40 3/4 M. Gd., Juni 41 1/2, 41 3/4, 41 1/4 M. und Gd., Juli 42, 41 1/2, 41 3/4 M. Gd., August 42 1/2, 42 M. und Gd., Septbr. 43, 42 1/2 M. und Gd. — Alles pro 10 000 Liter % ohne Faß.

Magdeburg, 23. April. Buderbericht. Kornzuder excl., von 96 % 21,75 M., Kornzuder, excl., 88° Rendem.

20,60 M., Nachprodukte, excl., 75° Rendem. 18,00 M. Stramm. Gem. Raffinade mit Faß 26,00 M., gem. Melis I. mit Faß 25,50 M. Sehr fest. Rohzucker I. Product Transito f. a. B. Hamburg per April 11,85 M. bez., per Mai 11,87 1/2 M. bez., 11,90 M. Br., per Juni-Juli 12,10 M. bez., 12,12 1/2 M. Br., per Juli-August 12,17 1/2 M. bez. und Br. Fest.

## Berliner Markthallen-Bericht.

Berlin, 23. April. (Amtlicher Bericht der Direction.) Fleisch. Tendenz flau, besonders für Rind- und Schweinefleisch; Preise weichend. — Wild- und Geflügel. Die Zufuhren waren gering. Die verkauften Hirsche stammten aus Mecklenburg, oder waren mit behördlicher Erlaubnis abgeschossen. Für Geflügel zeigte sich rege Nachfrage. — Butter und Käse. Zu herabgesetzten Preisen gingen Zufuhren von Butter in feinen und feinsten Qualitäten schlan ab. Käse blieb im Preise meist unverändert und flau. — Gemüse. Tendenz anhaltend fest. — Obst und Früchte. Preis haltend, nur Citronen schwächer. — In lebenden und Gist-fischen waren die Zufuhren bedeutend, das Geschäft flau und die Preise gedrückt. — Fleisch. per 1/2 Rg. Rindfleisch Ia. 0,48 M., do. IIa. 0,43 M., do. IIIa. 0,31—0,36 M., Schweinefleisch 0,43 M., Kalbfleisch Ia. 0,52 M., do. IIa. 0,42 M., Hammelfleisch Ia. 0,44 M., do. IIa. 0,36 M., Cäsler Rippsteck 0,70 M. Schinken, ger. mit Knochen 0,80 M., do. ohne Knochen 0,90 M., Speck, geräuchert 0,60 M. — Wild und Geflügel. Rothwild per 1/2 Rg. 0,50 — 0,60 M. Wildschwein per 1/2 Rg. 0,50—0,60 M., Fasanenbähne per St. 2,50—3,50 M., Birkbähne 1,90—2 M., Schnepfen 2,50—3,50 M., Schneehühner 0,90—1 M., Gänse, lebend, magere junge 3,50 M., Enten, fette 2,50—3 M., do. magere 1,50—2 M., Hühner, alte 1,40—1,75 M., do. junge — M., Tauben, junge per Paar 1 M. Gänse, geschlachtet, junge fette per Stück 6—8 M., Enten Ia. 2,50—3,50 M., do. IIa. 2—2,50 M., Hühner, alte per Stück 1,50—2 M., Kapauenen, junge — M., Puten per 1/2 Rg. 0,65—0,75 M., Bouldarden per Stück — M. — Fische und Schalthiere. Ostfisch, groß und mittel per 1/2 Rg. 0,75—0,90 M., do. klein — M. Seezungen, Ostend. große 1,60—1,70 M., Schollen, große 0,15—0,20 M., Kablau, große 0,08—0,15 M., Schnepel 0,40 M., Heringe, pomm. per Wall (80 Stück) 0,75—1,00 M., Hechte, große 0,30 M., Aale, große per 1/2 Rg. 0,90 M., mittelgroße 0,95 M., Pläse 0,15 M., Hummern per 1/2 Rg. 1,60—1,80 M. Krebse per Schod große 9—12 M., Austern, Holländer, per 100 Stück — M., Ostfisch, geräuchert per 1/2 Rg. 1,50—1,60 M., Sprotten, Kieler per Kiste (ca. 1 1/2 Rg.) 100 M., Elbsprotten 0,60 M., Dorsche per Stiege 0,75—1 M., Neunaugen per Schod — M. — Butter, Eier und Käse. Feinste Butter (von süßer Sahne) 105 M., ost- und westpreussische Ia. 100,00 M., do. IIa. 95,00 M., holsteiner Ia. 95,00 M., do. IIa. 92,00 M., ost- und westpreussische Landbutter 70—75 M. — Eier per Schod 1,90—2,60 M. — Schweizer Käse, per 50 Kilogr. inländ. 63,00 M., do. IIa. 58 M., Brie-Käse, inländisch 85,00 M., Neufchatel, inländ. per 100 Stück 16,00 M., Limburger per 50 Rg. Ia. 32 M., do. imitirt 14—16 M., Sahnen-Käse Ia. 22 M., do. IIa. 14—16 M., do. IIIa. 10—12 M. — Gemüse und Früchte. Speisekartoffeln, Daberke per 50 Rg. 1,75 M., do. Malta, runde — M., Zwiebeln, große per 50 Kilogr. 2,50 M., Kohlraben, weiße per 50 Rg. 1,75 M., Radieschen, franz. 64 Bund — M., Rotkohl per Schod 12,00 M., Wirsingkohl — M., Blumenkohl, Italiener per Kopf 0,20—0,24 M. — Obst. Kochäpfel, div. Sorten per 50 Kilogr. 10—12 M., Tafeläpfel div. 15,00 M., Backobst: Nespel, geschält ohne Kern per 50 Rg. 40,00 M., do. in Scheiben 30,00 M., Birnen, Bapfen 20,00 M., do. Walboisfr 23,00 M., Pflaumen, böhmische 15,00—20,00 M., do. türkische 23 M.

Verantwortliche Redaction: für den post. Gen. Theil und wirtsch. Nachrichten: Dr. A. Hermann, — das Feuilleton und literarische: H. Richter, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine- und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inserat-Teil: H. B. Rosemann, sämtlich in Danzig.